

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Arbeitszeugnis: So kommen Sie zu einem korrekten. Seiten 16-17

7 SEITEN KLIMA-DOSSIER

Netto-Null-CO₂ bis 2030:

So geht's!

- Der **Klima-Umbauplan** in 19 Schautafeln.
- Die schockierenden **Bilder aus Brasilien**.
- Schweizer **Klima-Rebellen** im Interview.
- Die Zorn-Rede von **Greta Thunberg**.

Seiten 9 - 15 und 20

Wilde Wirte

Gastrosuisse greift die Mindestlöhne in den Kantonen an. Seite 2



Geschlechter-Mythen entlarvt

Wie das Bürgertum vor 200 Jahren die Geschlechterrolle erfunden hat. Seite 18

2 M schlechter

Bei Migros und Manor stehen Hunderte Jobs auf dem Spiel. Die Hintergründe. Seite 6

Mehr Lohn!

Der neue GAV im Elektrogewerbe bringt massiv höhere Löhne. Seite 7





workedito
Marie-Josée Kuhn

KLIMA, WIR KOMMEN!

«Wie könnt ihr es wagen?» Das ist die Gretchenfrage in der Zornesrede von Greta Thunberg. Am Klimagipfel in New York hat sie sie vor der ganzen Welt wieder und wieder gestellt: «Wie könnt ihr es wagen, zu uns jungen Menschen zu kommen, damit wir euch Hoffnung geben?» Ausgerechnet! «Wo ihr mit euren leeren Worten meine Träume und meine

CO₂: Die Netto-Null-Schweiz bis 2030 ist machbar.

Kindheit gestohlen habt?» So erbittert scharf hat die Jeanne d'Arc der Klimastreikenden noch nie geredet. work dokumentiert ihre Rede als ein Element des 7-Seiten-Klima-Schwerpunkts (Seiten 9–15 und 20).

NOTSTAND. Greta kämpft für Windmühlen – und gegen die eigenen Tränen. Gegen die Verzweiflung. Und erntet den Hohn der Mächtigen. Des mächtigsten Klimaleugners Donald Trump zum Beispiel. Der 73jährige Geld- und Hasssack kotzte auf Twitter mal schnell über die 16jährige Schülerin runter, die das Aspergersyndrom hat: «Sie wirkt wie ein sehr glückliches junges Mädchen, das sich auf eine strahlende und wunderbare Zukunft freut. So schön zu sehen!» Das System schlägt zurück, wenn man es in Frage stellt. Gnadenlos. Das erleben auch die Klimaaktivistinnen und -aktivisten der Umweltschutzorganisation Extinction Rebellion (XR), die kürzlich die Limmat in Zürich giftgrün gefärbt haben. Auf ihrer Website präsentieren die Rebels Videos, die Festnahmen von friedlichen Klimademonstrierenden zeigen. Ist das nicht abschreckend? Wollte work von Myriam (37) und Silvio (27) im Interview wissen. Nein, sagt Silvio, denn sie zeigen, «wie gewalttätig das System ist». Und sie zeigen «auch den Notstand, in dem wir uns befinden».

MACHBARKEIT. (Fast) alle reden von der Klimakrise. Und dank dem Druck der Strasse bewegt sich politisch auch etwas. Die deutsche Regierung hat ein eher zaghaftes Klimaschutzprogramm beschlossen. Aber immerhin! Und auch das Bundeshaus kommt langsam in die Gänge. Dies, obwohl die Schweiz Deutschland in Sachen erneuerbare Energien weit hinterherhinkt. (Fast) alle geben sich und haben also ihre Mühe mit dem ökosozialen Umbau. Doch niemand hat bisher konkret aufgezeigt, dass dieser machbar ist. Dass eine Netto-Null-Schweiz beim CO₂ sogar bis 2030 machbar ist. Wie dies die Klimabewegung fordert. Jetzt präsentiert work den grossen Klimaumbauplan in 19 Schautafeln. In der Technologiepolitik- und Umwelt-Rubrik «Rosa Zukunft». Sie zeigt seit 15 Jahren Wege für einen ökosozialen Umbau auf. Jetzt aber ist es höchste Zeit zum Handeln. Umso mehr, als uns vielleicht schon morgen 250 000 Kubikmeter Mont-Blanc-Gletscher um die Ohren fliegen.

Gastrosuisse trickst bei den Verhandlungen zum neuen GAV: Wirte wollen kantonale Mindestlöhne aushebeln

Mehr und mehr Kantone haben neu einen gesetzlichen Mindestlohn. Den Chefs ist das ein Dorn im Auge. Der Verband der Wirte verweigert jetzt deswegen sogar die GAV-Verhandlungen.

CHRISTIAN EGG

Es war ein Durchbruch für Löhne, von denen es sich knapp leben lässt: 2017 gab das Bundesgericht grünes Licht für einen gesetzlichen Mindestlohn von 20 Franken pro Stunde im Kanton Neuenburg. Kurz darauf setzte auch der Kanton Jura dieselbe Marke im Gesetz fest.

Und es geht weiter: In Basel und Genf sind Volksinitiativen der Gewerkschaften hängig, die im Minimum 23 Franken pro Stunde für alle fordern. Und im Tessin haben die Stimmenden bereits Ja gesagt zu einem Mindestlohn – gestritten wird noch um seine Höhe.

Zwar würden die Gewerkschaften gerne gute Arbeitsbedingungen in Gesamtarbeitsverträgen festlegen. Aber in einigen Bereichen, zum Beispiel im Detailhandel, sträuben sich die Arbeitgeber gegen GAV. Also beschritten die Gewerkschaften den politischen Weg. Im Gastgewerbe mit seinem allgemeinverbindlichen GAV bezeichnet dies der Wirtverband Gastrosuisse gegenüber work als «nicht faire Doppelstrategie».

ANGRIFF. Den Chefs und rechten Politikern sind die kantonalen Mindestlöhne ein Dorn im Auge. Deshalb blasen sie jetzt zum Angriff. Mit einer Motion will zum Beispiel der Urner CVP-Ständerat Isidor Baumann die kantonalen Mindestlöhne aushebeln – ausgerechnet mit den Gesamtarbeitsverträgen. Diese sollen nämlich, sofern sie allgemeinverbind-

GVP-Baumann sind die kantonalen Mindestlöhne ein Dorn im Auge.

lich sind, «sämtlichen Bestimmungen der Kantone vorgehen», so Baumanns Forderung. Neu soll also gelten: GAV-Regelung vor Gesetzesregelung. Ein ziemlich durchsichtiger Trick, denn spätestens, wenn Basel und Genf einem gesetzlichen Mindestlohn von 23 Franken zustimmen sollten, würde diese Umkehr des heute Geltenden die Chefs deutlich billiger kommen. Die Wirte und ihre Politiker machen also auf «Wehret den Anfängen».



DRECKIGER TRICK: Wirtverband attackiert die kantonalen Mindestlöhne für Gastro-Mitarbeitende. FOTO: KEYSTONE

Und jetzt setzt der Wirtverband Gastrosuisse noch einen drauf: Er verweigert seit vier Monaten die Verhandlungen für den neuen Gastro-GAV mit den Gewerkschaften. Diese sind nötig, weil Ende nächsten Jahres seine Allgemeinverbindlichkeit ausläuft. Stattdessen hat Gastrosuisse nun eine «Resolution zur Sozialpartnerschaft» verabschiedet.

SICHER NICHT. Was harmlos klingt, hat Sprengkraft. Denn auch die Wirte wollen die Mindestlöhne aushebeln. Mit demselben Trick wie CVP-Baumann. Mehr noch: Stinkfroh verlangen sie von den Gewerkschaften sogar politische Unterstützung für dieses Manöver. Bis nicht «ein klares Bekenntnis» der Gewerkschaften zur Motion Baumann vorliege, werde man die GAV-Verhandlungen «aussetzen», so die

patronale Resolution forsch. Da haben die Wirte die Rechnung aber ohne die Gewerkschaften gemacht. Mauro Moretto, bei der Unia fürs Gastgewerbe zuständig, kann da nur den Kopf schütteln: «So etwas kommt nicht in Frage. Die Gewerkschaften kämpfen auf allen Ebenen für höhere Löhne – sicher nicht für tiefere.»

Jetzt sammelt die Unia Unterschriften für eine Petition an die Adresse der Arbeitgeber. Die Forderung ist simpel: Hört auf mit der Blockade und kommt zurück an den Verhandlungstisch! Gastrosuisse schreibt dazu, man strebe «die Fortführung des bestehenden oder den Abschluss eines neuen GAV an». Wann, schreibt der Verband allerdings nicht.

Petition unterschreiben:
rebrand.ly/gastro-petition

VERHANDLUNGEN BLOCKADE AUCH BEI DEN LÖHNEN 2020

Neben dem neuen GAV (ab 2021) verhandelten die Sozialpartner in der Gastrobranche auch über die Löhne für nächstes Jahr. Unia-Mann Mauro Moretto: «Die Arbeitgeber haben unsere Mindestforderungen abgelehnt, trotz sehr guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.» Da keine Einigung zustande kam, entscheidet jetzt ein Schiedsgericht über die Löhne – genau wie vor zwei Jahren. (che)

Brasilien: Jackpot bringt Arbeiterpartei zum Jauchzen und Tanzen Linker Lotto-Sechser mit Folgen

Mitarbeitende der brasilianischen Arbeiterpartei gewannen umgerechnet 28,5 Millionen Franken. Das brachte das ganze Parlament zum Stillstand.

JONAS KOMPOSCH

Die Abgeordneten steckten inmitten einer langwierigen Debatte um eine Wahlreform, als in den Rängen des brasilianischen Parlaments plötzlich heftiges Getuschel entstand. Es folgten grelle Jauchzer, Freudensprünge und eine Party-Polonoise bis auf die Strasse hinaus. Was zur Hölle eigentlich los sei, fragte ein ahnungsloser Politiker. Ein Abgeordneter klärte auf: Gerade eben hätten 49 Mitarbeitende der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei (PT) von ihrem Lottosechser erfahren. Die Glücklichen, darunter Reinigungsmitarbeitende, Chauffeure und Sekretärinnen, hätten sich in einer Tippgemeinschaft zusammengetan. Und ihnen winkt

nun der dritthöchste Lottogewinn in der Geschichte Brasiliens – umgerechnet 28,5 Millionen Franken.

SOLIDARISCH. Der Megatreffer vom 19. September warf manche PT-Mitarbeitenden komplett aus der Bahn. So fiel mindestens eine Reinigungsarbeiterin in Ohnmacht und musste von ihrem Genossen, dem ehemaligen Gesundheitsminister Alexandre Padilha, betreut werden. An eine Weiterführung der Reformdebatte war jedenfalls nicht zu denken.

Zumal nun Vertreter von Präsident Jair Bolsonaro's rechtsextremere Partei den Neider gaben und hämische Voten vortrugen. Ob die PT nun immer noch für die Besteuerung hoher Vermögen sei, fragte einer. Und ein anderer Rechtsextremist verlangte von der linken Opposition, die Millionen sofort zu vergesell-



GELDREGEN: 28,5 Millionen Franken für 49 Mitarbeitende der Arbeiterpartei. Macht ungefähr eine halbe Million pro Person.

schaften. Doch die billige Polemik zielte ins Leere. Schliesslich haben die PT-Abgeordneten kein Wörtchen mitzureden beim Lottogewinn ihrer Mitarbeitenden.

Und jene hatten ihren Sinn für Gerechtigkeit ohnehin schon unter Beweis gestellt: Drei Kolleginnen, die seit eh und je mittippten, doch ausgerechnet diesmal zu wenig Geld fürs Glücksspiel hatten, wurden kurzerhand am Jackpot beteiligt.

Francesca Rossi arbeitet seit 33 Jahren in der Fabrik – für 3200 Franken

«Es muss einfach!»



HARTE BÜEZ: Ruhe und Entspannung kennen diese Hände nicht. Francesca Rossi chrampt am Fliessband für einen tiefen Lohn, kümmerte sich um die Kinder, ging jahrelang am Wochenende putzen oder in den Schrebergarten. FOTO: STEPHAN BÖSCH

Sie chrampt ohne Unterbruch. Und doch reicht es kaum zum Leben. Eine Ostschweizer Industriearbeiterin erzählt, was es heisst, eng durchzumüssen.

JONAS KOMPOSCH

Zwei Jahre noch, dann hat sie's geschafft. Dann muss Francesca Rossi nie mehr in die Fabrik, muss keine Früh-, Spät- oder Nachtschichten mehr leisten, keine Wochenenden mehr am Fliessband verbringen und rastlosen Robotern zudienen. In zwei Jahren nämlich wird die 62jährige pensioniert. Und dann kann sie sich endlich zurücklehnen. Ein wenig zumindest, denn sie weiss: Mit ihrer AHV-Rente wird sie auch künftig haarscharf kalkulieren müssen. Schliesslich hat die Arbeiterin nie mehr als 3200 Franken im Monat verdient – trotz stets vollem Pensum. «Und was», fragt Rossi, «was, wenn ich mich einmal nicht mehr um mein Haus kümmern kann?» Dann werde sie in eine Mietwohnung umziehen müssen. Und die heutigen Mietzinse geben ihr schon jetzt zu denken. Hinzu kommt die Zukunft «ihrer» Fabrik: Voraussichtlich wird sie bald dichtgemacht und nach Osteuropa ausgelagert. Dies, nachdem der Chef, ein pauschalbesteuerter Millionär, zuerst das Arbeitstempo und die Wochenarbeitszeit, nicht aber die Löhne erhöht hat. Dann werde sie wohl stempeln gehen müssen, sagt Rossi. Zum ersten Mal in ihrem Leben, kurz vor der Pension. Sorgen habe sie deshalb

Rossi: Eine von Tausenden

Industriearbeiterin Francesca Rossi ist nicht die einzige, die wegen eines Tieflohnes jeden Franken zweimal umdrehen muss: Mehr als eine Viertel-million Frauen verdienen in der Schweiz netto keine 4000 Franken – trotz einem Vollzeitpensum! Das ist jede sechste voll Erwerbstätige.

ZAHLTAG! Damit muss endlich Schluss sein, fordert die Unia für die kommenden Lohnverhandlungen. Konkret will die Gewerkschaft 2 Prozent mehr auf alle Löhne und zusätzlich mindestens 50 Franken mehr pro Monat für jede Frau. Die Wirtschaft könne sich das leisten, sagt Unia-Chefin Vania Alleva, denn diese brumme (Zahlen, Fakten und Analysen hier: rebrand.ly/loehne-rauf). Alleva: «Jetzt muss endlich Frauenzahltag sein!»

schon manchmal, aber keine Angst. Irgendwie sei es schliesslich immer gegangen: «Man muss sich gut organisieren und zu helfen wissen.» Und das habe sie sehr wohl gelernt in ihren 40 harten Jahren in der Schweiz.

EINSATZ DER GANZEN FAMILIE

Rossi kam 1979 aus Südtalien in die Schweiz. Als Fabrikarbeiterin ins St. Galler Rheintal. Mit ihrem Mann, einem italienischen Bauarbeiter, gründete sie in den 1980er Jahren eine Familie (siehe Kasten). Drei Kinder durchzubringen sei nicht leicht gewesen, erzählt sie. Auch mit zwei Löhnen nicht. Rossi: «Wir mussten den Gürtel immer ganz eng schnallen.» Und es brauchte den vollen Einsatz der ganzen Familie. Für eine Mietreduktion etwa renovierte Ros- sis Mann in jahrelanger Arbeit das Haus der Vermieterin. Die Kinder wiederum mussten schon früh selbständig werden. Wenn nämlich am Morgen früh ihr Wecker klingelte, war der Vater bereits auf einer Baustelle, die Mutter längst in der Fabrik. Doch Francesca Rossi kümmerte sich, so gut es ging, von der Werkhalle aus: «Mit dem Betriebstelefon rief ich zu Hause an und schaute, ob die Kinder auch wirklich aufgestanden sind.»

In den Ferien war Rossi im letzten Sommer zum allerersten Mal.

SCHREBERGARTEN STATT FERIE

Entspannung war nicht einmal an Wochenenden garantiert. Denn die Familie achtete immer darauf, nichts schuldig zu bleiben. Rossi beteuert: «Rechnungen haben wir stets korrekt und pünktlich bezahlt.» Damit dies möglich war, ging sie an Wochenenden noch Privatwohnungen putzen. Aber auch wochentags hörte die Arbeit nicht einfach auf, wenn die 8,5-Stunden-Schicht in der Fabrik zu Ende war. Weiter ging es zu Hause, wo Mama Rossi jeweils gleich für den Znacht und den nächsten Zmittag kochte. Aber nicht schnelle Fertiggerichte. «Viel zu teuer!» meint Rossi, und: «schmecken nach nichts.» Von den Ravioli über den Pizzateig bis hin zu den Lasagneblättern – alles «fatto in casa», hausgemacht, sagt sie stolz. Gemüse und Früchte kamen ausschliesslich vom Schrebergarten, in dem Rossi noch heute fast die gesamte Freizeit verbringt.

Ferien dagegen, gar im Ausland, oder Wintersport in den Bergen, direkt vor der Haustür, konnte sich die Familie nie leisten. Nur einmal im Jahr lag ein Luxus drin: ein Restaurantbesuch zum Geburtstag des Familienvaters.

Fabrikarbeiterin: Halbes Leben am Fliessband

Francesca Rossi heisst eigentlich anders, will aber aus Angst vor einer Kündigung ihren Namen nicht in der Zeitung lesen. Wegen eines Stellenangebots kam Rossi 1979 aus Südtalien ins St. Galler Rheintal. Dort heiratete sie einen Bauarbeiter, auch er ein italienischer Saisonnier, und gebar einen Sohn. Einen Mutterschaftsurlaub gab es damals nicht. Nur 11 Franken bezahlte ihr die Firma pro Fehltag nach der Geburt.

HEFTIG. Rossi sah sich gezwungen, ihren gelernten Beruf aufzugeben und in einen Industriebetrieb mit betriebsinterner Kinderkrippe zu wechseln. Seither steht sie von Montag bis Freitag am Fliessband. Gerne hätte das junge Ehepaar bald ein weiteres Kind gehabt. Doch bis sie sich das leisten konnten, dauerte es volle zehn Jahre. Und dann, kurz nach dem zweiten Kind, folgte noch ein drittes. Heute ist der Nachwuchs ausgeflogen, der Mann verstorben. Bis sie selbst pensioniert ist, bezieht sie als Witwe noch 1700 Franken aus der FAR-Rente ihres Gatten. Dieser hatte mit der Gewerkschaft erfolgreich für den flexiblen Altersrücktritt (FAR) auf dem Bau gekämpft. (jok)

Wegen ihres Arbeitspensums und des tiefen Lohns seien viele Kolleginnen überrascht. «Wie machst du das bloss, Francesca?» fragten diese. Eigentlich wisse sie das auch nicht, gesteht sie. «Es muss einfach!» sagt sie. Dabei ist es offensichtlich: Diese Frau verfügt über enorme Kräfte, eiserne Disziplin und einen starken Willen zugleich: Noch heute kocht sie selbst – immer. Noch heute arbeitet sie ohne Unterbruch – oft auch Sonderschichten. Und noch heute zieht sie alles Gemüse selbst – in der kostbaren Freizeit.

EIN KONZERT? NOCH NIE!

Ausserdem weiss Rossi genau, was Verzicht heisst: Luxusartikel etwa leistet sie sich nie. Selbst Wein kauft die passionierte Köchin kaum, sondern importiert ihn günstig von einem Onkel aus Italien. Auf Aktionen aber achtet sie bei jedem einzelnen Einkauf. Auch kulturelle Vergnügen oder Hobbies liegen keine drin. Rossi geht nie ins Kino. In den Ferien war sie im letzten Sommer zum allerersten Mal. Und an einem kostenpflichtigen Konzert war sie ihr ganzes Leben noch nicht. Sie, mit ihrer grossen Leidenschaft für Italo-Rock. «Aber wer weiss», sagt Rossi, «wer weiss, was passiert, wenn Gianna Nannini wieder einmal in die Gegend kommt.»

Bundesgericht schleift Streikrecht

NEUENBURG/STRASSBURG (F). 2012 kaufte der Genolier-Konzern GSMN das Privatspital La Providence in Neuenburg. Er kündigte den Gesamtarbeitsvertrag und verweigerte jegliche Gespräche mit den Mitarbeitenden. Der Konflikt führte zum Streik. Nun hat das Bundesge-



PRIVATSPITAL: Streik von 2012. FOTO: KEYSTONE

richt entschieden: Dieser Streik war illegal – obwohl alle Voraussetzungen erfüllt wurden, die es nach bisheriger Rechtsprechung brauchte. Für die Gewerkschaft VPOD ist klar: Das Bundesgericht höhlt das Schweizer Streikrecht weiter aus. Deshalb zieht der VPOD das Urteil jetzt weiter an den Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg.

Weiteres Nein zu längeren Öffnungszeiten

NYON. Mit 52,3 Prozent Nein-Stimmen haben die Stimmberechtigten in Nyon VD die Pläne für längere Ladenöffnungszeiten gekippt. Neu hätten die Verkäuferinnen und Verkäufer am Samstag eine Stunde länger arbeiten sollen. Dagegen hatte die Unia zusammen mit linken Parteien das Referendum ergriffen. Der Sieg in Nyon ist bereits der dritte innert eines Jahres: Schon in den Städten Basel und Freiburg wollte die Bevölkerung nichts von längeren Öffnungszeiten wissen.

Nationalrat gegen Begrenzungsinitiative der SVP

BERN. Der Nationalrat lehnt die SVP-Begrenzungsinitiative mit 123 zu 63 Stimmen ab. Die SVP will die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen und damit alle bilateralen Verträge I. Spätestens seit der SVP-Medienkonferenz vom 30. Januar 2018 ist für alle offensichtlich, was die Partei der Milliardäre wirklich stört: die flankierenden Massnahmen. Sie will zurück zur Baracken-Schweiz der Kontingente, in der mit rechtlosen Saisoniers die Löhne auch der einheimischen Lohnabhängigen gedrückt werden konnten.

Erstes Spital garantiert Lohngleichheit

NEUENBURG. Nach zähem Ringen hat das Parlament letzten Herbst Mini-Massnahmen zur Lohngleichheit beschlossen. Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden müssen sich künftig einer Lohnanalyse unterziehen. Allerdings erst ab nächstem Jahr. Das Spital Neuenburg (HNE) geht da jetzt voraus: Es hat sich überprüfen lassen und ist offiziell das erste Spital, das Lohngleichheit garantiert. Das ist auch bitter nötig: vor allem Ärztinnen verdienen noch immer viel weniger als ihre männlichen Kollegen. Im Durchschnitt: 30 Prozent.

20. OKTOBER ROT AN- STREICHEN.



FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE.
AM 20. OKTOBER SP WÄHLEN.



Post-Tochter muss Zeitungsverträgern 600 000 Franken Lohn nachzahlen

«Die Chefs waren richtige Diktatoren»

Illegale Lohndrückerei und Schikanen, das war Alltag bei der Firma Epsilon in Genf. War! Dank dem Mut von Andrés Arciniegas und José Serantes ist jetzt alles besser.

CHRISTIAN EGG

Postausträger Andrés Arciniegas (43) lacht und sagt: «Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal dem Personalchef der Post in seinem Büro in Bern gegenüber sitzen und auf Augenhöhe mit ihm sprechen würde.» Aber so war es. Arciniegas war Teil einer Delegation, die mit der Post über die Arbeitsbedingungen bei der Genfer Zustellfirma und Post-Tochter Epsilon verhandelte. Überaus erfolgreich: Alle Zustellerinnen und Zusteller haben jetzt einen Vertrag bekommen, der die kantonalen Mindestlöhne plus Nachtzuschläge einhält. Das war nicht immer so.

VOGEL FRISS ODER STIRB!

Arciniegas und sein Kollege José Serantes (45) sind sogenannte Frühzusteller. Mit der Vespa liefern sie jeden Morgen die Zeitungen in die Briefkästen. Um vier Uhr früh fangen sie an, bei schlechtem Wetter früher. Damit sie spätestens um sechs fertig sind. Sie arbeiten zusammen mit rund 80 Kolleginnen und Kollegen. Die beiden berichten von unhaltbaren und gesetzeswidrigen Zuständen, die bei Epsilon geherrscht hatten. So wurde ihre Arbeitszeit nicht erfasst. Dabei sei diese stark vom Wetter abhängig. Im Winter, wenn Schnee liegt, kann eine Tour mehr als doppelt so lange dauern. Doch José Serantes Verdienst war immer der gleiche, nämlich gerade einmal 39 Franken pro Tag, plus 9 Franken fürs Benzin. Einen Zuschlag für Nachtarbeit, wie ihn das Gesetz vorschreibt, gab es nie. Pro Monat erhielt er rund 1200 Franken. Andrés Arciniegas dagegen machte zuletzt zwei Touren hintereinander und verdiente dadurch etwas mehr. Er sagt: «Aber die letzten vier Jahre hatte ich keinen Arbeitsvertrag. Der Chef sagte mir, das sei nicht nötig.»

Diese mickrigen Löhne hätten die Epsilon-Chefs immer noch weiter gedrückt mittels Änderungskündigungen, also einem neuen Vertrag mit schlechterem Lohn. Arciniegas: «Statt 1000 verdiente ein Kollege dann nur noch 800 Franken.» Nach dem Motto: Vogel friss oder stirb! Doch damit nicht genug. Die Chefs waren «richtige Diktatoren», äusserst arrogant gegenüber den Mitarbeitenden.

DAS FASS LÄUFT ÜBER

Für Arciniegas und Serantes ist klar: Die Firma hat sie ausgenutzt, weil sie Ausländer sind. Serantes kommt aus Spanien, Arciniegas ist Kolumbianer. Er sagt: «Wir haben das alles akzeptiert, weil wir nicht wussten, was in der Schweiz gilt.» Die Firma konnte ihnen also ein A für ein Epsilon vormachen. Bis im Sommer 2018: Da stellte der Zürcher Medienkonzern Tamedia die Westschweizer Tageszeitung «Le Matin» ein. Wenige Tage später sprach Epsilon allen 80 Verträgerinnen und Verträgern eine Änderungskündigung aus. Ihr Lohn hätte wieder gedrückt werden sollen. Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Etwa 40 Mitarbeitende stehen auf und wehren sich. Sie sammeln Geld für eine Anwältin und schreiben einen Brief an die Chefs. Diese versuchen die Unzufriedenen einzuschüchtern. Doch sie wenden sich an die Unia. Dann berichtet «10 vor 10» über die «Dumpinglöhne beim Post-Konzern». Schliesslich will die Post verhandeln.

CHEFS GESCHASST

Und so kommt es, dass Verträger Arciniegas plötzlich Martin Camenisch gegenüber sitzt, dem obersten Personalchef der Post. Zusammen mit drei seiner Kollegen. Und dass er die gesetzeswidrige Lohndrückerei und die Schikanen anprangern kann. Die Zahlen kennt er genau, hat er doch auch auf dem Epsilon-Büro gearbeitet. Er erzählt von ei-



HINGESTANDEN: Andrés Arciniegas und José Serantes (vorne) liessen sich eines Tages von der Chefs der Post-Tochter Epsilon nicht mehr alles gefallen – und holten sich Unterstützung von der Unia. FOTO: PIERRE-ANTOINE GRISONI

nem Kollegen, der für eine Tour von zwei Stunden nur 25 Franken bekommt. Macht einen Stundenlohn von 12 Franken 50. Arciniegas: «Das wusste die Post nicht!» Die Epsilon-Chefs in Genf hatten die Zahlen geschönt. Sie sind unterdessen entlassen worden. Jetzt zahlt die Post allen aktuell Beschäftigten die Differenz zu den korrekten Löhnen nach. Die gesamte Summe der Nachzahlungen ist vertraulich. Laut «10 vor 10» liegt sie aber bei rund 600 000 Franken. Und Epsilon bezahlt jetzt Mindestlöhne zwischen 21.20 und 24.50 (inklusive Ferienentschädigung und Anteil Dreizehnter).

«Die letzten vier Jahre hatte ich keinen Arbeitsvertrag.»

ANDRÉS ARCINIEGAS

Auch alle Änderungskündigungen hat die Post zurückgenommen. Und – ganz wichtig: Die Schikanen der Chefs haben endlich aufgehört. José Serantes sagt: «Jetzt ist es eine richtige Firma!»

Deutschschweiz: Miese Löhne bei Presto

In der Deutschschweiz hat die Presto AG heute fast ein Monopol in der Frühzustellung. In den letzten zehn Jahren schluckte sie beinahe alle regionalen Verteilorganisationen wie die Prevag (Basel), Zuvo (Zürich) oder Bevo (Bern). Diese waren ursprünglich von den Zeitungsverlegern gegründet worden. Die Presto gehört zu 75 Prozent der Post.

ÄRGER. Immer wieder sorgten schlechte Arbeitsbedingungen für Ärger: 2014 strich die Presto die bezahlten Feiertage zusammen, 2016 berechnete sie Touren neu, so dass die Verträgerinnen und Verträger einen Drittel weniger Lohn bekamen. Die Presto und die Gewerkschaft Syndicom haben einen GAV ausgehandelt. Der aktuelle Mindestlohn liegt bei 18.27 Franken pro Stunde, plus 10 Prozent Nachtzuschlag. (che)

Die Briefträgerin & der Spielraum

«Äs mönschelet» – diese Floskel konnte die Briefträgerin schon als Jugendliche nicht leiden. Und sie mag sie auch heute nicht. «Äs mönschelet» – was soll das heissen? Als Naturgesetz wird beschworen, was allenfalls Kulturgesetz, auf jeden Fall aber Ausrede ist. Dann, wenn damit gesagt werden soll, dass man nichts machen



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

kann. Dass die Menschen eben so sind. Und das meint dieser Satz meistens. Er verzeiht billigend.

Manchmal kommt Frau auf einem eigenen Weg zurück zu den Weisheiten der Alten. Doch das selbe ist dann nicht dasselbe. Zwei Sätze tönen manchmal gleich, meinen aber nicht das gleiche.

«Äs mönschelet» – je älter die Briefträgerin wird, desto dringlicher fragt sie sich, warum viele Menschen so sind, wie sie sind oder sich geben. Warum es Leute gibt, die einfühlsam und grosszügig sind. Und viel mehr Leute, die

«Äs mönschelet» ist eine nichtssagende, faule Antwort.»

vor allem an sich selber und die Befriedigung ihrer Machtwünsche denken. Die Briefträgerin weiss darauf weniger denn je eine Antwort. Früher machte sie die Verhältnisse verantwortlich. Das tut sie heute noch, doch die Verhältnisse reichen nicht mehr als Erklärung. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Aber umgekehrt stimmt der Satz auch. «Äs mönschelet» ist eine nichtssagende, faule Antwort.

SPIELRAUM. Was aber, wenn der Satz eine neue Bedeutung erhielt? «Äs mönschelet» hiesse dann: Es gibt immer einen Spielraum. Es gibt auch in hierarchischen Strukturen Spielräume, die genützt werden können. So oder so.

Die Post ist nicht gleich die Post. Das weiss die Briefträgerin spätestens seit ihrer Ankunft am neuen Arbeitsort. Hier weht ein anderer Wind. Auch hier gilt als oberste Maxime die Effizienz, das Erwirtschaften von Profit. Doch die Pösterinnen und Pöster bewegen sich hier anders. Schöner. Sie arbeiten normal. Kein Dauergetz und -gerenne. Sie messen sich nicht ständig mit andern, sie verwechseln nicht Hochleistungssport und Arbeit.

ZUM DABEISEIN. Die Vorgesetzten sind am neuen Ort sicher nicht weniger unter Druck als am alten. Von Bedeutung ist, wie sie diesen Druck nach unten weitergeben. Ist ein Teamleader (Teamleiterinnen gibt es kaum) vom Ehrgeiz durchdrungen, die besten Kennzahlen zu bringen, dann gibt es weder Gnade noch Mass, sondern Mahnungen und Peitsche. Umfasst der Horizont eines Teamleaders jedoch mehr als Ranglisten und Zustellzeiten, Performance und Gratifikation – dann ist es zum Dabeisein.

Mönschelets de?

Gewerkschaft Verdi Bsirske geht

Anfang Sommer sagte Frank Bsirske: «Wer kann, der soll ausstempeln und an den Klimademos teilnehmen.» Der Vorsitzende der deutschen Gewerkschaft Verdi sprach von den allfreitäglichen Klimademonstrationen. Sein Aufruf ging durch die europäischen Medien – er war alles andere als selbstverständlich. Und die Klimastreikenden begrüßten die «hochwillkommene Unterstützung». Am 20. September nahmen dann allein in Deutschland 1,4 Millionen Men-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

schen in 150 Orten an Klimademos teil. Bsirske und Zehntausende Gewerkschaftsrinnen und Gewerkschafter waren dabei.

MINDESTLOHN & RYANAIR. Es ist nicht das erste Mal, dass Verdi und Bsirske die Nase vorn haben und politische Entwicklungen aufnehmen. Vor zehn Jahren stiessen sie die Diskussion über einen gesetzlichen Mindestlohn an. Millionen Arbeitstätige mit Armutslöhnen im reichen Deutschland: ein gesellschaftlicher Skandal, fand Bsirske. Mit einer starken Kam-

Frank Bsirske verstand die Gewerkschaft immer als Bewegung.

pagne rüttelte Verdi die Bevölkerung auf – und der gesetzliche Mindestlohn kam.

Auch den Skandal, dass Erzieherinnen und Pflegerinnen viel zu wenig für ihre anspruchsvolle Arbeit verdienen, griff Verdi früh auf. Mehrere grosse Streiks in Kitas und in Spitälern haben eine starke Aufwertung dieser Frauenberufe ermöglicht. In diesen Bereichen wächst Verdi nun auch. Und das hat Folgen bis an die Verdi-Spitze: In der neuen Geschäftsleitung sitzen jetzt 6 Frauen und 3 Männer.

Die gewerkschaftliche Zukunft erkannt hat Verdi auch bei multinationalen Unternehmen. Das zeigt der Fall des Billigfliegers Ryanair. Wenn ein Multi seine Belegschaften zwischen den Standorten gegeneinander ausspielt, wie dies Ryanair tat, muss die Gewerkschaft grenzübergreifend agieren. Nach härtesten Arbeitskämpfen in mehreren Ländern gibt es für die Ryanair-Belegschaft jetzt Kollektivverträge mit weit besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen. Ähnliches will Verdi bei Amazon erkämpfen.

ÖKOLOGISCH & SOZIAL. All diese Beispiele zeigen: Frank Bsirske hat die Gewerkschaft immer als Bewegung verstanden. So hat er Verdi auch 18 Jahre lang geleitet. Jetzt tritt er altershalber ab. Umso mehr freut er sich über die Klimajugend: «Diese Jugendlichen sind intelligent – sie überlegen, wie man Ökologie und Soziales verzahnen kann.»

UNIA online



Stundenlohn – das müssen Sie wissen

Immer mehr Angestellte arbeiten im Stundenlohn. Sie auch? Informieren Sie sich über Ihre Ansprüche auf Ferien, Mutterschaftsurlaub, Arbeit auf Abruf, Pensionierung und mehr. Wir haben wichtige Fragen und Antworten für Sie zusammengestellt.

www.unia.ch/stundenlohn



KAHLSCHLAG: Manor und Migros streichen zusammen 780 Stellen.

FOTO: FRESHFOCUS

Fast 800 Stellen weg bei Migros und Manor: Heftiges Erdbeben erschüttert Schweizer Detailhandel

Manor und Migros setzen Hunderte Mitarbeitende vor die Tür. Mit fadenscheinigen Begründungen.

PATRICIA D'INCAU

480 Stellen bei Manor, 300 Stellen bei der Migros Aare: Innerhalb von nur einer Woche haben zwei der grössten Detailhändler der Schweiz einen Mega-Kahlschlag verkündet. Manor schliesst im Januar die Filiale an der Zürcher Bahnhofstrasse, nach einem jahrelangen Streit mit der Vermieterin, der Versicherung Swiss Life. Die Migros Aare wiederum spricht von «sinkender Rentabilität» und einer neuen Unternehmensstrategie.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit, sagt Anne Rubin (50) im Gespräch mit work. Sie ist bei der Unia verantwortlich für den Detailhandel.

work: Zwei Massentlassungen erschüttern den Schweizer Detailhandel. Was ist da los?

Anne Rubin: In den letzten 10 Jahren wurden rund 23 000 Stellen gestrichen. Im Detailhandel läuft ein grosser Strukturwandel. Die Arbeit wird verdichtet, und durch die Digitalisierung werden einerseits bestimmte Arbeiten immer mehr automatisiert. Andererseits ist die Konkurrenz durch Onlinehändler wie Zalando und Amazon grösser geworden. Die Unternehmen in der Schweiz haben die Entwicklung des Onlinehandels aber teilweise verschlafen. Manor

zum Beispiel wollte noch vor 12 Jahren kein Wort vom Onlinehandel hören. Die Folgen spüren jetzt die Angestellten.

Geht es Migros und Manor denn finanziell schlecht?

Nein, die Migros ist finanziell solid aufgestellt, auch weil die Onlinekonkurrenz im Foodbereich mit einem Marktanteil von 2,5 Prozent verschwindend klein ist. Die Massenentlassung hängt viel mehr mit der neuen Strategie der Migros zusammen.



«Migros Aare hat zuletzt rund 36 Millionen Franken Gewinn gemacht.»

ANNE RUBIN, UNIA

Schon letztes Jahr hat die Zentrale in Zürich 290 Stellen gestrichen, dabei gab es auch Entlassungen. Das war ein Tabubruch. Vorher baute die Migros ohne Kündigungen ab. Die Botschaft aus der Zürcher Zentrale an die 10 autonomen Migros-Genossenschaften lautete: «Wir räumen auf. Jetzt seid ihr an der Reihe.» Nun streicht die Migros Aare 300 Stellen. Obwohl sie zuletzt rund 36 Millionen Franken Gewinn machte. Das sind satte 15 Prozent mehr als im Vorjahr.

Wie ist es bei Manor?

Manor gehört einer der reichsten Familien

der Schweiz. Sicher ist das Unternehmen direkter von der Onlinekonkurrenz betroffen als die Migros, hat den digitalen Wandel aber verpasst. Jetzt will sich Manor als Multichannel-Geschäft positionieren. Das heisst: Traditionelles Einkaufen und Onlineshopping sollen miteinander verschmelzen. Die Läden sind dann eher Showrooms, kleiner und mit reduziertem Sortiment. Wie in der neuen Manor-Filiale in Bern. Was nicht da ist, können Kundinnen und Kunden direkt bestellen. Manor will wahrscheinlich so «schlank» wie möglich werden und entlässt schon seit Jahren Personal. Das legt nahe, dass die jetzige Massenentlassung in Zürich nicht alleine mit dem Mietstreit zu tun hat. Denn: Manor hatte dort fünf Jahre Zeit, um für die Angestellten eine Lösung zu finden.

Die Unia fordert eine «soziale Digitalisierung». Was heisst das?

Das Personal muss in den Wandlungsprozess mitgenommen und aus- und weitergebildet werden. Wer zum Beispiel – wie bei Manor – in einem Multichannel-Geschäft arbeitet, muss neue, digitalisierte Abläufe beherrschen. Dazu kommt die Verdichtung der Arbeit: Beraten, ein Produkt im System suchen, die Bestellung abwickeln – alles läuft parallel, der Druck steigt. Gleichzeitig wollen die Geschäfte immer länger geöffnet haben, mit immer weniger Personal. Das funktioniert nicht. Wir verlangen von Manor und Migros, Verantwortung zu übernehmen und keine Angestellten zu entlassen.

Arbeitszeiterfassung & Arbeitnehmendenschutz: FDP-Angriff abgewehrt

Der Ständerat beerdigt einen Vorstoss, der die Arbeitszeiterfassung radikal aufweichen wollte. Doch der nächste Angriff auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden rollt bereits.

CLEMENS STUDER

Die neuste Gesundheitsbefragung des Bundesamtes für Statistik zeigt Erschreckendes: Mehr als jede fünfte Person steht während der Arbeit «meistens oder immer» unter Stress. Noch 2012 waren es erst 18 Prozent. Sogar für 27,1 Prozent ist der Stress bereits im «kritischen Bereich» angelangt (work berichtete www.rebrand.ly/work-stress)

Trotzdem wollen rechte Parteien und Wirtschaftsverbände den Arbeitnehmendenschutz weiter aufweichen. Jetzt ist immerhin der erste der beiden aktuellsten Angriffe am Widerstand von Gewerkschaften und von Arbeitsmedizinerinnen und Arbeitsmedizinern gescheitert. Eine parlamentarische In-

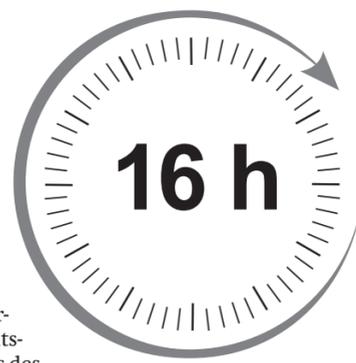
Bei 27,1 Prozent ist der Stress bereits im kritischen Bereich.

itiative der früheren FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter – heute Justizministerin – wollte für weitere Teile der Arbeitnehmenden die Arbeitszeiterfassung abschaffen. Dieses Geschäft hat

der Ständerat in der laufenden Session endlich beerdigt.

67-STUNDEN-WOCHE.

Weiter auf der Traktandenliste steht allerdings ein gesundheitsgefährdender Vorstoss des abtretenden Luzerner CVP-Ständerats Konrad Graber. In der aktuellsten Formulierung will dieser für einen Drittel der Arbeitnehmenden die wöchentliche Höchstarbeitszeit abschaffen, 16-Stunden-Arbeitstage erlauben, das Sonntags-Arbeitsverbot noch mehr aufweichen und die 67-Stunden-Woche einführen. Für den Fall, dass diese Ideen im Parlament eine Mehrheit finden



UNFAIR: CVP-Ständerat Graber will 16-Stunden-Arbeitstage erlauben. GRAFIK: WORK

sollten, hat die «Allianz gegen Stress und Gratisarbeit» aus Gewerkschaften, Arbeitsmedizinerinnen und Assistenzärzten bereits angekündigt. «die Vorlage mit allen Mitteln zu bekämpfen.»

Elektriker Hans Ruch freut sich über den Durchbruch beim GAV:

«Das ist ein Gump nach oben»

Hundert Franken mehr für alle, bis zu 550 Franken höhere Mindestlöhne: Dass er das erleben darf, macht Stromer Ruch stolz. Denn er ging dafür auf die Strasse.

CHRISTIAN EGG

Elektriker Hans Ruch ist 66 und immer noch in Teilzeit erwerbstätig. Sein ganzes Leben hat er in der Elektrobranche gearbeitet. Deshalb weiss er auch so genau, wovon er erzählt: «In den siebziger Jahren, als die ersten Computer aufkamen, suchten die Banken Leute mit Elektrokennnissen. Ich erhielt damals ein Angebot vom Bankverein. Und schlug es aus. Denn mein Elek-



«Wir haben gekämpft und viel erreicht.»

ELEKTRIKER HANS RUCH

trikerlohn war damals viel höher als der Banklohn.» Das habe sich später dramatisch verändert. Zuletzt habe der Mindestlohn eines Elektrikers bis zu 600 Franken tiefer gelegen als der eines Maurers. Auch deshalb ging Hans Ruch auf die Strasse. Zum ersten Mal in der Branche fand im Mai 2018 eine Grossdemo in Zürich statt. Für einen besseren Gesamtarbeitsvertrag. 14 Monate haben Gewerkschaften und Arbeitgeber verhandelt. Aber jetzt ist er da. Und was für ein GAV: 100 Franken mehr pro Monat für alle, dazu noch den Teuerungsausgleich. 16 Franken Essensentschädigung statt bisher mickrige 12. Der dreizehnte Monatslohn für alle Lernenden. Und vor allem: deutlich bessere Mindestlöhne beim Berufseinstieg.

Zum Beispiel Elektromonteurinnen und Elektromonteur: Nach einem Jahr Berufserfahrung gibt's ab übernächstem Jahr im Minimum 5000 Franken brutto – 425 mehr als im alten GAV! Für Telemati-



ker sind es sogar 5300, das sind 550 Franken mehr. Und für Montage-Elektrikerinnen und -Elektriker mit der dreijährigen Lehre 4700 Franken plus 500 Franken.

Diese Mindestlöhne galten bisher erst nach fünf Jahren im Beruf. Bis dahin stiegen die Löhne schrittweise an. Damit ist jetzt Schluss: Neu gibt es die besseren Löhne schon nach einem Jahr.

Das freut Hans Ruch enorm: «Das ist ein richtiger Gump nach oben», sagt er: «Die Arbeitgeber haben endlich auch gemerkt, dass der Beruf für Einsteiger wieder attraktiver werden muss.» Stolz ist Ruch auch auf seine Kolleginnen und Kollegen: Sie hätten gekämpft und viel erreicht. Schliesslich ist er seit 50 Jahren bei der Gewerkschaft. «Seit meine Tante mich mit 16 an eine Versammlung mitnahm.» Sein Vater war auch schon Gewerkschafter und

nahm ihn jeweils mit an den 1. Mai. «Praktisch meine ganze Familie war in einer Gewerkschaft», sagt er. So war das.

Rente mit 62: Der erste Schritt

Neben Löhnen, Spesen und Weiterbildung hiess die vierte grosse Forderung der Unia-Elektriker: Frühpensionierung mit 62 Jahren. Das ist noch nicht erreicht. Aber die Sozialpartner lassen gemeinsam eine Machbarkeitsstudie zur Rente mit 62 erstellen. Aldo Ferrari, Chef Gewerbe der Unia, sagt: «Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Frühpensionierung würde die Branche noch attraktiver machen.» (che)

Mercosur-Abkommen: Parmelins Hauptargument zerbröselt

Österreich sagt Nein zum Mercosur-Abkommen. Somit gibt es für die Schweiz noch viel weniger Gründe, mit Regenwald-Killer Bolsonaro zu dealen.

CLEMENS STUDER

Der südamerikanische Wirtschaftsraum Mercosur hat sowohl mit der EU als auch mit der EFTA (dort ist auch die Schweiz dabei) je ein Freihandelsabkommen abgeschlossen. Zum Mercosur-Bündnis gehören Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Die Schweiz hat im vergangenen Jahr Waren für rund 3,6 Milliarden Franken in den Mercosur-Raum exportiert.

PROTEST. Was in diesem Abkommen im Detail steht, ist öffentlich noch nicht bekannt. Es geht um die Abschaffung oder Senkung von Zöllen und Patentschutz. Das würde vor allem

grossen Industrie-, Chemie- und Pharmakonzernen nützen.

Die Abkommen sind sowohl in der EU als auch in der Schweiz umstritten. Gewerkschaften befürchten eine weitere Aushöhlung der sonst schon mageren Arbeitnehmendenrechte in den Mercosur-Staaten. In der Schweiz haben SP und Grüne bereits das Referendum angekündigt, falls das Abkommen nicht

Auch Frankreichs Macron auf Distanz.

auf Umweltschutz und Arbeitnehmendenrechte Rücksicht nehme und bei Verstössen wirkliche Sanktionen vorsehe.

SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin verteidigt das Abkommen vor allem mit dem Argument, dass damit Schweizer Unternehmen gegenüber den EU-Firmen nicht benachteiligt würden, wenn das EU-Mercosur-Ab-

kommen in Kraft trete. Doch danach sieht es im Moment nicht aus. Bereits in den Tagen, in denen Parmelin ganz stolz vom EFTA-Durchbruch schwärmte, ging Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auf Distanz. Grund: Brasiliens rechtsextremster Präsident Jair Bolsonaro ist verantwortlich für die verheerenden Brände im Regenwald (siehe Seite 9). Er hat den früher vorbildlichen Amazonas-Schutz finanziell ausgeblutet. Auch Irland und Luxemburg drohten mit dem Veto. Das EU-Mercosur-Abkom-

men kann nur in Kraft treten, wenn alle beteiligten Länder zustimmen, und das gilt in allen Mitgliedstaaten für jedes nationale Parlament. Auch das Europaparlament muss zustimmen, und die EU-Staats- und Regierungschefs müssen es einstimmig ratifizieren.

WIENER NEIN. Und jetzt hat das österreichische Parlament Nägel mit Köpfen gemacht. In seinem EU-Unterausschuss stimmten vier der fünf Parteien gegen das Mercosur-Abkommen. Damit müsste die Regierung das Abkommen auf europäischer Ebene ablehnen. Kommt das EU-Abkommen mit dem Mercosur nicht, gibt es für die Schweiz noch weniger Gründe, mit Regenwald-Killer Jair Bolsonaro zu dealen.

UNTER DRUCK: Bundesrat Guy Parmelin. FOTO: KEYSTONE



la suisse existe
Jean Ziegler

ERINNERUNG AN ROBERT MUGABE

Robert Mugabe verstarb 95jährig am 6. September in einem Spitalzimmer in Singapur, verbittert und einsam. «Comrade Bob», wie ihn seine Gefolgsleute nannten, wurde im November 2017 nach über dreissigjähriger Herrschaft als Präsident von Simbabwe gestürzt. Sein lange Jahre engster Kampfgefährte, Emmerson Mnangagwa, übernahm die Macht.

DER BEFREIER. Mugabe wurde am 21. Februar 1924 in der katholischen Mission von Kutuma in der britischen Kronkolonie Südrhodesien geboren. Anfang der 1960er Jahre beteiligte sich der junge Lehrer am Aufbau der oppositionellen Zanu (Zim-

Mugabe verkündete 2003 eine Agrarreform. Damit ruinierte er das Land und beinahe auch meine Uno-Karriere.

babwe African National Union), die sich später in die marxistische Befreiungsbewegung verwandelte.

Die Polizei des Siedlerregimes steckte ihn zehn Jahre ins Gefängnis. Nach seiner Freilassung (1975) floh er ins benachbarte, eben befreite Moçambique. Von dort kommandierte er eine Befreiungsarmee, die das Terrorregime der weissen Siedler 1979 zu Friedensverhandlungen zwang. Es folgten zähe Verhandlungen mit der Kolonialmacht Grossbritannien, bis der souveräne Staat Simbabwe ausgerufen werden konnte. Die Befreier garantierten den Besitzstand der weissen Siedler, im Gegenzug versprach Grossbritannien Milliarden Pfund Entwicklungsgelder. 1980 wurde Mugabe in freien Wahlen Premierminister, dann 1987 Präsident. Er lancierte allseits gerühmte Kampagnen zur Alphabetisierung, Ernährung und Gesundheit. Dann verkündete er 2003 eine Agrarreform. Damit ruinierte er das Land, seinen Ruf – und beinahe auch meine Uno-Karriere.

Bis dahin waren zwei Drittel des fruchtbaren Landes in den Händen von 6000 weissen Grossgrundbesitzern. Demgegenüber lebten 7 Millionen landlose Bauern und ihre Familien im Elend. Grossbritannien hatte auch nach zwanzig Jahren die versprochene Entwicklungshilfe nicht geleistet.

GESCHEITERTE LANDREFORM. Die westlichen Regierungen warfen Mugabe vor, gegen die Verträge zur Unabhängigkeit zu verstossen. Ich war Sonderberichterstatter der Uno für das Recht auf Nahrung. Der damalige Generalsekretär Kofi Annan schickte mich nach Harare.

In seinem Büro erklärte mir Mugabe das Reformgesetz und die geplanten Entschädigungszahlungen. Er war unerhört energiegeladent und antwortete klar auf jede meiner Fragen. Noch vor meiner Abreise fragten mich Reporter der BBC nach der Agrarreform. «Sie ist legitim», antwortete ich. «England selbst hat durch seine Verweigerung der versprochenen Zahlungen die Verträge zur Unabhängigkeit gebrochen.» Eine Diffamierungskampagne, wie ich sie noch nicht erlebt hatte, brach los. Der US-amerikanische Uno-Botschafter verlangte meine sofortige Entlassung als Sonderberichterstatter. Doch Kofi Annan schützte mich. Die Agrarreform endete im Chaos. Statt rechtlich geordneter Besitzübernahme und Entschädigung herrschten von nun an unsäglich Zustände der Gewalt und blinden Repression, der bodenlosen Korruption und des sozialen Elends. Mugabe regierte fortan über ein in Verzweiflung versinkendes Volk. Sein Nachfolger Emmerson Mnangagwa hat sich als unfähig erwiesen, die Lebensbedingungen zu verbessern. Deshalb ist zu hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler im nächsten Jahr die Gelegenheit erhalten, ihn davonzujagen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein jüngstes in Deutsch erschienenes Buch heisst: «Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin».



UNSER KLIMA

DEINE WAHL

GRÜNE. JETZT.



Eine apokalyptische Reise durch Brasilien

Der Amazonas brennt

Seit Wochen steht der grösste Regenwald der Welt in Flammen. Reporterin Sandra Weiss war im Amazonasgebiet unterwegs.



Die Strasse zwischen Porto Velho und Rio Branco führt mitten durch das Amazonasgebiet. Wer sich jetzt dichten Dschungel und Schlammstrecken vorstellt, liegt daneben. Es ist eine zweispurige Teerstrasse, und der Bus fährt acht Stunden hauptsächlich Rinderweiden entlang. Nachts sehe ich die lodernen Flammen von ausser Kontrolle geratenen Brandrodungen. Aus prachtvollen Paranusskastanien

werden über Nacht schwelende Baumstümpfe – die Abholzerfront hat sich eine weitere Weidefläche erbrannt. Der Bus bahnt sich seinen Weg durch Rauchschwaden, die die aufgehende Sonne vernebeln. Es wirkt apokalyptisch.



MONOTON. Zwei Wochen lang bereise ich Brasilien, spreche mit Menschen und versuche zu verstehen, was im grössten Tropenwald der Erde vor sich geht. Tagsüber klettert das Thermometer auf 42 Grad. Während mein Blick aus dem Busfenster in die trostlose landschaftliche Monotonie schweift, male ich mir in Gedanken die mühevollte Suche nach einem Schattenplatz aus, sollte der Bus



TROSTLOS: Die Waldbrände im Amazonasgebiet hinterlassen Rauch, Elend und Tod. FOTOS: KEYSTONE (1)/GETTY (3)/EPA (1)

eine Panne haben. Meine Mitreisenden lassen solche Phantasien kalt. «Meine Eltern bekamen vor 40 Jahren hier von der Regierung ein Stück Land mit der Auflage, es zu roden», erzählt mir meine junge Sitznachbarin. «Dann wechselte die Regierung, und es hagelte Strafen für Brandrodungen, aber Präsident Jair Bolsonaro ist wieder auf unserer Seite.» Bäume fällen, Land urbar machen und

WORK-KLIMA-SCHWERPUNKT

- «Eine CO₂-neutrale Schweiz bis 2030»: **Der grosse Klima-Umbauplan, Seiten 10–13.**
- «Lieber Aktionsmodus als Schockstarre»: **Exklusivinterview mit zwei Klima-Aktivistinnen von Extinction Rebellion, Seite 15.**
- «Wie könnt ihr es wagen»: **Die zornige Rede von Greta Thunberg, Seite 20.**

möglichst schnell zu Geld kommen ist mehr oder weniger das einzige, was die aus ganz Brasilien zugewanderte Bevölkerung im Amazonasbecken eint. Davon zeugen die lieblos-funktionalen Schachbrettstädte, in denen es viel Kommerz, aber keine Kultur gibt, viele klimatisierte Betonbunker, aber kaum begrünte Parks, viele laute Pfingstkirchen, aber wenig Universitäten.

GOLDADER. Ich treffe Multimillionäre, die den Tropenwald für eine Goldader halten und von noch mehr Soya und noch mehr Rindern träumen und dabei

vor allem auf China als Abnehmer hoffen. Doch der Traum vom Reichtum wird für die wenigsten wahr. Nur für diejenigen, die sehr viel des kargen Bodens besitzen und darauf sehr viele Rinder weiden lassen oder mit Unmengen von Dünger und Pestiziden Soya anbauen. Für sie gibt es Kredite, Silos, Schlachthöfe, Häfen, Zwischenhändler. Die Gier liegt im System. Die Aeren, die auf wenigen Hektaren Nahrungsmittel für den inländischen Markt anbauen oder alternative Regenwaldprodukte wie Kautschuk oder Öle, können ihre Produkte kaum verkaufen.

WERTLOS. Ganz zu schweigen von den Indianern, den einzigen, die wirklich wissen, im und vom Wald zu leben. Sie sind dem kommerziellen Kreislauf nicht eingegliedert und deshalb für Regierung und Unternehmer nichts wert. Wohl aber ihre Schutzgebiete, die jetzt zerstört werden. Bolsonaro befand: «Zu viel Land für so wenig Menschen.» Für Cledson Pitana eine Kriegserklärung. Der Chef der indigenen Karitiana wirkt besorgt, als ich ihn befrage, aber nicht fassungslos: «Angst haben wir nicht. Wir kämpfen schliesslich schon seit Generationen für das Land, das eigentlich schon immer uns gehörte.»

SANDRA WEISS, PORTO VELHO, BRASILIEN



HORROR: Ein Bauer läuft mit seinem Hund in der Nähe von Porto Velho über das versehrte Land. In der Hoffnung auf Reichtum brandrodet die Bauern den Wald – doch der Traum vom grossen Geld wird nur für die wenigsten wahr. FOTO: GETTY

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Der ökosoziale Umbau in 19 Tafeln: So geht er konkret

Eine CO₂-neutrale Schweiz bis 2030 ist machbar

Noch niemand hat bisher konkret aufgezeigt, dass der schnelle ökosoziale Umbau machbar ist. Jetzt präsentiert work in seiner Technologiepolitik- und Umwelt-Rubrik «Rosa Zukunft» den grossen Klima-Umbauplan. In 19 Tafeln auf 4 Seiten: Zeit zum Handeln!

01 WIR IMPORTIEREN TREIBHAUSGASE: 6,5 MILLIARDEN FRANKEN PRO JAHR.

- Die Schweiz importiert jedes Jahr – abhängig von den Weltmarktpreisen – für rund 6,5 Milliarden Franken unter anderem Benzin, Diesel, Gas, Kerosin sowie Brennstoffe für die Atomkraftwerke.
- Durch das Verbrennen dieser Treibstoffe produzieren wir pro Jahr und Person im Inland rund 5 Tonnen CO₂. Die wichtigsten Quellen sind der Verkehr (32,1%), die Gebäude (26,4%), die Industrie (20,3%), die Landwirtschaft (13,5%) und die Abfälle (7,6%).
- Wir können die Schweiz ab 2023 mit Kompensationen und ab 2030 ohne Kompensationen relativ problemlos klimaneutral machen. Nicht durch Verzicht, sondern durch die Nutzung des technischen Fortschritts und durch intelligente Steuerung des notwendigen ökologischen Umbaus. Dieser Umbau muss sozial- und randregionenverträglich sein.
- Wichtig: Der ökologische Umbau ist per se weder rechts noch links. Er ist einfach dringend notwendig. Dank einem Mix von Anreizen, Geboten und Verboten.
- Mindestens so wichtig ist: Die Schweiz als Land mit zu hohen Exportüberschüssen muss künftig sinnvollerweise Windstrom und synthetische Kraftstoffe importieren. Vorab aus Entwicklungsländern.



02 STRASSENVERKEHR ELEKTRIFIZIEREN: ES BRAUCHT RELATIV WENIG STROM.

- Der private Verkehr produziert zu viel CO₂. Substantielle Veränderungen sind jedoch im Gang:
- Viele Jugendliche machen gar keinen Führerschein mehr. Sie benutzen den öffentlichen Verkehr. In Städten wie Zürich wollen Bauherren immer weniger Parkplätze bauen. Weil diese niemand mehr mietet.
- Volkswagen ist der grösste Autokonzern der Welt. Er setzt auf das Elektroauto. Weil dieses über alles gerechnet bereits in wenigen Jahren billiger sein wird als ein Benzin- oder Dieselfahrzeug.
- Auch wenn Elektromobilität den Privatverkehr – leider – noch nicht einschneidend reduzieren kann, verbrauchen alle Autos, Lastwagen und Busse pro Jahr nach einer Umstellung nicht mehr als 17 Milliarden Kilowattstunden Strom. Im Durchschnitt sind dies 300 Wattstunden pro Kilometer.
- Alles verändert sich noch einmal, sobald selbststeuernde Autos auf den Markt kommen. Wann es so weit ist, wissen wir nicht. Ab diesem Zeitpunkt verschmelzen öffentlicher und privater Verkehr.
- Statt 10 Millionen Parkplätze werden wir in der Schweiz nur mehr 2 Millionen brauchen. Statt 3,6 Millionen Fahrzeuge weniger als 1 Million.



03 WOHNUNGEN: DECKEN ISOLIEREN, FENSTER UND PUMPEN ERSETZEN.

- In der Schweiz gibt es 1,4 Millionen Wohngebäude. Mehr als eine Million wird man früher oder später totalsaniieren müssen. So etwas schafft das Baugewerbe innert zehn Jahren mit Sicherheit nicht.
- Der Energieverbrauch durch alle noch nicht sanierten Gebäude lässt sich aber mit folgenden Massnahmen nahezu halbieren:
 - Kellerdecken und Dachböden isolieren;
 - Fenster ersetzen;
 - Pumpen und Steuerungen auswechseln.
- Wer auf diese Weise den Energieverbrauch um mindestens 40 Prozent senkt, kann mit tieferen Vorlauf-temperaturen die Gebäude heizen. Dies erhöht den Wirkungsgrad etwa von immer leiseren Luft-Wasser-Wärmepumpen, die zudem stets effizienter werden. Mit einer Kilowattstunde Strom kann man 4 Kilowattstunden Heizwärme und Warmwasser produzieren. Pumpenenergie inklusive. Und erreicht so eine Jahresarbeitszahl von 4.
- Resultat: Statt 160 kWh Öl pro Quadratmeter und Jahr verbraucht ein derart teilisoliertes Haus nur 20 Kilowattstunden Solar- oder Windstrom. Die Investitionen sind rentabel.



04 KLIMANEUTRALER FLUGVERKEHR: DAS IST BIS 2030 MACHBAR.

- Wenn die Schweiz die graue Energie berücksichtigt – also jene Energie, die wir etwa in Form neuer Autos importieren – und den Luftverkehr einrechnet, sieht unsere Bilanz wesentlich schlechter aus. Pro Kopf sind wir dann nicht für 5, sondern für 12 Tonnen CO₂-Ausstoss verantwortlich.
- Weltweit trägt der Flugverkehr zu viel zur menschengemachten Klimaerwärmung bei. In der Schweiz der Vielflieger sind es 20 Prozent. Tendenz steigend, trotz etwas Flugscham.
- Flugzeuge können auch mit klimaneutralem Kerosin starten, fliegen und landen. Die Kosten pro Liter synthetisches Kerosin werden bis 2030 absehbar auf 1 Franken sinken.
- Dies verteuert das Fliegen massiv und sozialverträglich. Einen Flug nach Mallorca um 20 Franken. Einen Flug nach New York um 150 Franken.
- Wenn wir 2030 noch nicht so weit sind, kommt eine vergleichbar teure CO₂-Abgabe von 210 Franken pro Tonne CO₂ zum Tragen, die jedes Jahr um 10 Franken erhöht wird. Spätestens 2033 ist die Umstellung im Kasten.
- Parallel dazu müssen Kurzstreckenflüge unter 600 Kilometern verboten werden, da sie dank schnellerer Bahnen überflüssig werden.



05 AUCH DANK KOMPENSATIONEN: BOSCH AB 2020 KLIMANEUTRAL.

- Bei Bosch arbeiten 140 000 Menschen in 400 Werken. Bosch wird bereits ab 2020 klimaneutral sein. Auch dadurch, dass ein Teil des CO₂-Ausstosses kompensiert wird.
- Wer will, kann heute seinen CO₂-Ausstoss kompensieren. Mit Projekten im Ausland für 10 bis 30 Franken pro Tonne. Etwa dank der Stiftung «myclimate».
- Viele Freunde der Umwelt halten das für einen oberlausigen, unkontrollierbaren Ablasshandel, der Investitionen in der Schweiz verzögert oder verhindert. Deshalb braucht es harte Leitplanken, um Missbräuche so weit als möglich zu verhindern.
- Sinnvoll wäre es, dass die Schweiz in einer Übergangsfrist bis 2032 (auch ausländische) Kompensationen zulassen würde. Im Umfang von anfänglich 40 Millionen Tonnen pro Jahr. Allerdings müssen die Kompensationen degressiv erfolgen – jedes Jahr 4 Millionen Tonnen weniger. Damit klimafreundliche Investitionen nicht verhindert, sondern gefördert werden.
- Rom liegt im Ausland. Der Vatikan auch. Ohne Ablasshandel kein Petersdom. – Überwachen müsste den ökologischen, nicht unbestrittenen Ablasshandel die Eidgenössische Finanzkontrolle, die zurzeit den notwendigen Biss hat.
- Heute kostet die volle CO₂-Kompensation pro Schweizerin und Schweizer nur 100 Franken. Wenn mehr Unternehmen wie Bosch und auch mehr Staaten wie die Schweiz kompensierten, würden nach Bundesrat Sommerguga die Preise pro Tonne CO₂ steigen. Vielleicht ist auch das Gegenteil wahrscheinlicher. Sicher ist aber: Wer jetzt handelt, handelt so oder anders richtig.



06 800 MILLIONEN BÄUME PFLANZEN: MIT GELD DER NATIONALBANK.

- Die Schweiz kann nicht nur exportieren. Sie muss auch importieren und im Ausland investieren. Kein Problem, denn die Nationalbank sitzt auf 800 Milliarden Franken Vermögen.
- In den letzten 100 Jahren verschwanden 90 Prozent der Bäume in Äthiopien. Weil die Menschen Brennholz brauchten.
- Ein Baum nimmt pro Jahr im Durchschnitt 100 Kilo CO₂ auf. Im Regenwald mehr, in Äthiopien weniger. 100 Bäume reichen aus, um jene 5 Tonnen CO₂ zu kompensieren, die ein Schweizer pro Jahr produziert. Pro 1000 Tonnen CO₂ braucht es einen Waldarbeiter.
- Wenn wir subito den CO₂-Ausstoss aller Schweizerinnen und Schweizer in der Höhe von 40 Millionen Tonnen kompensieren wollen, müssen wir 40 000 Arbeitsplätze schaffen in Ländern wie Äthiopien.
- Dies ist die weiterentwickelte Logik von «myclimate». Wichtig ist, dass die Wälder dank der Nationalbank als Investorin langfristig gehegt und gepflegt werden. Und dass man vor Ort das Holz nur als Bauholz und nicht als Pellets verwendet.
- China zeigt, wie es geht: Eine grüne Mauer schützt Peking bereits erfolgreich vor Sandstürmen aus der Wüste Gobi.



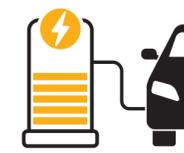
07 LENKUNGSABGABE: SO GELINGT DER ÖKOLOGISCHE UMBAU.

- Heute gilt es, für Neubauten und grössere Renovationen Dutzende von kantonal allzu unterschiedlichen Vorschriften zu beachten. Wer Subventionen und Steuerergünstigungen beansprucht, braucht viel einschlägiges Wissen.
 - Wir treten für eine radikale Vereinfachung der Vorschriften ein: Neubauten müssen mehr erneuerbare Energie produzieren als verbrauchen. Altbauten dürfen ab 2030 für Heizung und Warmwasser keine nichterneuerbaren Brennstoffe mehr einsetzen, Härtefälle ausgenommen. Ab 2025 werden nur mehr CO₂-neutrale Autos zugelassen.
 - Der zentrale Treiber des ökologischen Umbaus ist eine auf fossile Energieträger erhobene und stetig ansteigende Lenkungsabgabe, die vollumfänglich zurückerstattet wird. Sinnvoll sind folgende Preise pro Tonne ausgestossenes CO₂:
- | Jahr | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2027 | 2028 | 2029 | 2030 |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| CHF | 130 | 140 | 150 | 160 | 170 | 180 | 190 | 200 | 210 |
- Wenn der ökologische Umbau gelingt, löst sich diese Lenkungsabgabe in Luft auf. Deshalb ist es nicht sinnvoll, damit Krankenkassenprämien zu verbilligen. Denn dies würde spätestens 2032 zu einem zusätzlichen Prämienstoss führen. Ausser, die Ausgaben pro Haushalt für Krankenkassenprämien werden auf 10 Prozent beschränkt.



08 VORBILD NORWEGEN: SOZIALE CO₂-ABGABE MIT RÜCKERSTATTUNG.

- In Norwegen sind bereits über 50 Prozent der neu zugelassenen Autos Elektrofahrzeuge. Ab 2025 dürfen nur mehr klimaneutrale Fahrzeuge verkauft werden. Warum in aller Welt sollte die Schweiz das nicht auch schaffen?
- Die Lenkungsabgabe wird auch für Benzin und Diesel bis ins Jahr 2030 schrittweise auf 210 Franken pro Tonne CO₂ erhöht. Das macht 25 Rappen mehr pro Liter Treibstoff. Die dadurch erzielten Einnahmen werden vollumfänglich an die Bevölkerung zurückerstattet.
- Alle Untersuchungen zeigen, dass die volle Rückerstattung auch sozial richtig ist. Wer viel Geld hat, fährt tendenziell mehr Kilometer pro Jahr, und das in grösseren Autos. Schweizer Bergdörfer könnten für ihre Bewohner günstig Solarstrom produzieren. Günstiger als sonst jemand – randregionenverträglich.
- Was geschieht mit jenen, die sich im Jahr 2030 nicht von ihren bisher fossil betriebenen Autos trennen können oder wollen? Müssen sie diese verschrotten? Nein, sie können erstens auf klimaneutrale Treibstoffe umsteigen. Oder sie müssen pro Tonne CO₂ einen zusätzlichen Malus bezahlen, der jährlich um 10 Franken ansteigt. Je weniger sie fahren, desto besser für sie und uns.



Der grosse work-Klima-Umbauplan

Die deutsche Regierung hat am 20. September 2019 ihr Klimaschutzprogramm 2030 verabschiedet. Zeitgleich zu den Verhandlungen im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel demonstrierten 1,4 Millionen vorab junge Menschen für radikalen Klimaschutz. Sie kritisierten, die Massnahmen der Regierung kämen zu spät und seien unverbindlich. Trotzdem ist Deutschland der Schweiz in Sachen erneuerbarer Energien weit voraus: Es steigt bereits 2022 vollständig aus der Atomenergie aus und will den CO₂-Ausstoss viel rascher senken. Nämlich bis 2030, um 4 Tonnen pro Kopf, während die Schweiz für die Senkung um 5 Tonnen 20 Jahre länger braucht. Wenn die Ziele nicht erreicht werden, verschärft Deutschland die Massnahmen. Allerdings kritisiert die deutsche Linke zu Recht, dass das klimapolitische Paket der Regierung Merkel zu wenig sozialverträglich sei.

BOSCH MACHT'S VOR. Nur ein kleiner Teil der Menschen verzichtet freiwillig auf das Fliegen oder geht wegen durchs Leber. Ein ökologischer Umbau, der auf Verzicht setzt, tut der Seele gut, aber bringt uns politisch nicht weiter. Eine CO₂-neutrale Schweiz ist möglich, ja rasch möglich, aber nur, wenn wir auf moderne Technologien setzen. Wir produzieren in der Schweiz pro Person und Jahr 5 Tonnen CO₂. Wenn wir die graue Energie – also jene Energie, die wir in Form etwa von neuen Autos importieren – und den Luftverkehr einrechnen, sieht unsere Bilanz weniger gut aus: Wir sind pro Kopf nicht für 5, sondern für



«Es ist an der Zeit, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aufzugeben.»

PAPST FRANZISKUS

12 Tonnen CO₂-Ausstoss verantwortlich. Noch. Denn die Summe der importierten grauen Energie wird kleiner. Weil andere Länder mehr machen als die Schweiz. Und weil der Luftverkehr vermutlich schneller, als wir denken, auf synthetisches Kerosin umstellt. Fast alle beginnen sich mit der Klimaerwärmung zu beschäftigen. Selbst der Papst. Ganz vorne dabei beim grünen Umbau ist der deutsche Industriekonzern Bosch, der weltweit 140 000 Menschen in 400 Werken beschäftigt. Bosch-CEO Klaus Müller sagt: «Bosch will von 2020 an schon klimaneutral sein. Klimaschutz ist jetzt nötig, nicht irgendwann.» Erst 2050 will dagegen der Bundesrat die CO₂-Neutralität. Mutiger sind die Klimajugendlichen: sie fordern 2030. Das ist realistisch. work zeigt, wie: mit 19 Tafeln und auf 4 Seiten (10–13).

SOZIAL. In der klimapolitischen Debatte müssen wir drei Leitlinien im Auge behalten:

- Erstens: Niemand hat mehr Interesse an der Erreichung der Pariser Klimaziele als die Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen und Renten. Sie leiden am meisten, wenn es immer wärmer wird. Auf den Baustellen, in den Fabriken und Büros, in den Wohnungen, Altersheimen und Spitälern.
- Zweitens: Der schnelle ökologische Umbau wird Arbeitsplätze schaffen – in den Universitäten, in den Fabriken und auf dem Bau. Wir ersetzen den Import von Öl, Gas und Uran zu einem schönen Teil durch Arbeit und Investitionen in der Schweiz. Etwa mit dem Bau und Einbau von Wärmepumpen und Fenstern der nächsten Generation.
- Drittens: Der ökologische Umbau muss sozial- und randregionenverträglich sein. Dies geht am besten mit Lenkungsabgaben, die vollständig zurückerstattet werden. Gezielt sozial und gezielt für den ländlichen Raum. Und mit einer Nationalbank, die 100 ihrer 800 Milliarden in den ökologischen Umbau investiert.

workfrage: Was ist Ihre Meinung zum Klima-Umbauplan von work?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Der ökosoziale Umbau in 19 Tafeln: So geht er konkret
Eine CO₂-neutrale Schweiz bis 2030 ist machbar

Fortsetzung von Seite 11



09 WOHNUNGSBAU FÖRDERN: AUCH DIE NATIONALBANK KANN DAS.

- Der Bund fördert heute mittels Bürgschaften den gemeinnützigen Wohnungsbau. Das ist gut so, genügt aber nicht.
- Pro Jahr bezahlen interessierte gemeinnützige Genossenschaften nur 0,4 Prozent Zins. Dies gilt zumindest für die kommenden 18 Jahre.
- Nationalbankchef Thomas Jordan betätigt sich zurzeit als Haschischhändler, denn die Schweizerische Nationalbank (SNB) hält knapp 300 000 Aktien der First Cannabis Company von Nordamerika. Statt Cannabisaaktien zu kaufen, würde er gescheiter mit Nullzinsdarlehen den schnellen ökologischen Umbau finanzieren.
- Die Nationalbank sitzt auf einem faktischen Staatsfonds von 800 Milliarden Franken. Für den ökologischen Umbau können und sollen 10 Prozent dieser Mittel eingesetzt werden.
- Die Nationalbank verliert – wie der Bund – dabei kein Geld. Weil wir im Zeitalter der Negativzinsen leben. Offenbar auf Dauer.



10 SOLARSTROM HAT DURCHBRUCH GESCHAFFT: VIEL LUFT NACH OBEN!

- Daran hat vor 15 Jahren fast niemand geglaubt. Heute produziert die Photovoltaik weltweit in den besten Lagen günstigen Strom.
- Auch Solarstrom muss in das Netz eingespeist werden. Und kann dieses belasten oder entlasten. Das muss in die Berechnungen einfließen.
- Zentral ist somit die Frage, wie viel man pro Kilowattstunde Solarstrom – all inclusive – investieren muss.
- In den nächsten Jahren kann sich einiges verändern. Offen ist, wie stark die Preise für Module, Aufständungen, Wechselrichter sowie see- und erdverlegte Leitungen sinken werden. Das deutsche Fraunhofer-Institut ist in Sachen Energieeffizienz und Solarenergie eine der besten Adressen weltweit. Seine Berechnungen lassen erwarten, dass 2040 noch 1 Rappen pro Kilowattstunde anfallen wird.
- Ab 2030 dürfen Stromverteiler, die heute mit ihren Netzen zu hohe Monopolrenditen erzielen, nur mehr erneuerbaren Strom liefern, den sie selber produzieren oder bei Dritten einkaufen. Dank der CO₂-Abgabe und dank Nullzinsanleihen rechnet sich dies für sie und somit für alle.



11 OHNE AUSLAND IN SACHEN STROM EIN WINTERLOCH: DAS IST LÖSBAR.

- Die Zahlen zum Strom-Landesverbrauch von Januar bis Dezember belegen klar: Es ergibt keinen Sinn, in der Schweiz 45 Milliarden Kilowattstunden Solarstrom vorab mit nichtalpinen Photovoltaik zu erzeugen.
- Es braucht einen sinnvollen Mix bei der Produktion, damit unser Stromnetz nicht massiv ausgebaut werden muss.
- Wer einseitig auf den Ausbau der Schweizer Solarenergie setzt, handelt sich jede Menge Probleme ein: zu viel Strom im Sommer, zu wenig Strom im Winter. Verbunden mit einem gigantischen Netzausbau, samt neuen Stauseen in den Alpen.
- Autarkie um diesen Preis ist ein Schuss ins eigene Knie. Es ist sinnvoll, wenn wir vorab auch Entwicklungsländer ihre Standortvorteile nutzen lassen. Im Sinne eines nichtimperialen Marshallplanes. Damit die Länder des Südens nicht nur – zu menschenunwürdigen Bedingungen – Rohstoffe, Edelmetalle und seltene Erden ausbeuten und exportieren müssen.



12 ALPINE SOLARSTROM: IM SOMMER UND WINTER GLEICH VIEL STROM.

- Bifaziale Solaranlagen basieren auf Zellen, die das einfallende Sonnenlicht nicht nur über die Vorder-, sondern auch über die Rückseite nutzen können. So erzielen sie einen massiv höheren Wirkungsgrad.
- Bifaziale Solaranlagen auf 2000 Metern über Meer produzieren pro Kilowatt installierte Leistung fast doppelt so viel Strom wie Aufdachanlagen in Otten.
- Der noch grössere Vorteil: Diese alpinen Solaranlagen produzieren im Winter gleich viel Strom wie im Sommer. Wegen der sauberen Luft, wegen der höheren Einstrahlung und wegen des Schnees, der die Sonnenstrahlen reflektiert.
- Nach Berechnungen des weltweit führenden deutschen Fraunhofer-Instituts ist die Erwartung realistisch, dass in den Alpenregionen nächstens Strom für 2 bis 3 Rappen pro Kilowattstunde produziert werden kann.
- Mit 5 Prozent des in den Alpen dank bifazialen Solaranlagen erzeugten Stroms würden wir sinnvollerweise Kleinwasserkraftwerke abstellen oder Restwassermengen erhöhen. Damit es auch den Umweltorganisationen gefällt.
- Bergkantone wie Wallis, Uri, Tessin oder Graubünden müssten sofort mit grossen Testanlagen starten.



13 KLIMANEUTRAL HERSTELLEN: DIESEL, GAS, WASSERSTOFF UND KEROSIN.

- Es ist technisch möglich, aus erneuerbarem Strom, aus Luft und aus Wasser neben Wasserstoff in weiteren Schritten ebenfalls Gas, Diesel und Kerosin klimaneutral herzustellen.
- Es geht auch direkter, wie die vielversprechende Testanlage von ETH-Professor Aldo Steinfeld belegt. Die ETH-Forscher hoffen, innerhalb von sechs Jahren die erste kommerzielle Anlage realisieren zu können, mit einer Produktionskapazität von 10 Millionen Litern Solartreibstoff. Als Abnehmer sehen sie in erster Linie Airlines.
- Bleiben wir bei dem, was bereits grosstechnisch funktioniert: Vereinfacht braucht man auf der Basis der heutigen Technologien 4 Kilowattstunden Strom, um gut 2 Kilowattstunden synthetischen Kraftstoff herzustellen.
- Deshalb muss man synthetische Kraftstoffe dort herstellen, wo erstens das ganze Jahr über genügend spottbilliger Solar- und Windstrom produziert werden kann. Damit zweitens während mindestens 7000 Stunden im Jahr chemische Produktionsanlagen synthetische Kraftstoffe kostengünstig herstellen können.
- Für uns stehen zwei Anwendungen im Vordergrund: einerseits die Herstellung von synthetischem Kerosin für den Flugverkehr; andererseits die Produktion von synthetischem Diesel für Notstromaggregate, die das Winterloch stopfen.



Den grossen work-Klima-Umbauplan gibt's auch auf der work-Website: www.workzeitung.ch. Eine Vorversion erschien zuerst in der linken Oberwalliser Zeitung «Rote Anneliese».

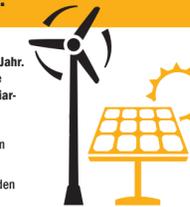
14 VIELE WEGE FÜHREN RASCH ZUR KLIMANEUTRALITÄT.

- In den USA werden die ersten Solarkraftwerke gebaut, die Strom für 2 Rappen pro Kilowattstunde liefern. Dank Nullzinsanleihen werden die Kosten in den nächsten Jahren in Nordafrika nicht höher sein.
- Batterien sind effiziente Tagesspeicher. Mehr nicht, weniger auch nicht. Sinnvoll sind Batterien mit einer Speicherkapazität von 60 Millionen Kilowattstunden, sobald die Preise auf maximal 100 Franken pro gespeicherte Kilowattstunde gesunken sind. Dies wird – Irrtum vorbehalten – vor 2028 der Fall sein.
- Kostengünstige Höchstspannungs-Gleichstromkabel können – beispielsweise zwischen Tunis und Genua – ins Meer verlegt werden. Und ab Genua erdverlegt die Schweiz erreichen.
- Wir müssten – Zwischenstand unserer Berechnungen – über alles nur 50 Milliarden Franken investieren, um ganzjährig Strom mit einer Leistung von 7 Gigawatt ins Swissgrid-Netz einzuspeisen. Ein nicht-imperialer Marshallplan würde eigentlich Entwicklung für und mit Afrika bedeuten.
- Weil eine solche Schweizer «Desertec»-Lösung mit einigen Fragezeichen belastet ist, setzen wir nachfolgend auf einen teureren, aber sichereren Mix von Massnahmen.



15 SOLAR- UND WINDSTROM: BIS 2030 45 MILLIARDEN KILOWATTSTUNDEN.

- Unsere AKW produzieren 21,4 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom pro Jahr. Wenn wir sie vor 2030 abstellen, neu in Elektroautos fahren und elektrische Wärmepumpen in den Häusern installieren, brauchen wir zusätzlich 50 Milliarden kWh Strom aus erneuerbarer Energie. Dies legt folgende Wege nahe:
 - Baustein 1: 10 Milliarden kWh produzieren wir auf den Dächern und an den Fassaden der Gebäude. Das Potential ist mehr als 10 Mal grösser.
 - Baustein 2: 3 Milliarden kWh Strom tragen wir im Winter mit den 6 Milliarden kWh Diesel bei, den wir in Nordafrika produzieren. Im Rahmen eines nicht-imperialen Marshallplanes. Potential unbegrenzt.
 - Baustein 3: 10 Milliarden kWh produzieren wir in den Alpen. Potential 20 Milliarden.
 - Baustein 4: 10 Milliarden tragen die Bäuerinnen und Bauern bei. Wenn sie neu gleichzeitig Heu und Strom produzieren, mit Solarpanels auf den Wiesen. Potential unbegrenzt.
 - Baustein 5: 60 Prozent des Windstroms fallen im Winter an. Heute besitzen BKW, Alpiq & Co. 7 Milliarden kWh im Ausland. Sinnvollerweise produzieren wir bis 2030 zusätzliche 15 Milliarden kWh im Ausland.
- Überall gibt es viel mehr Potential, als wir mit diesem Mix vorschlagen. Wenn ein Weg Probleme bereitet, werden andere Wege ausgebaut.



16 BLACKOUT, WINTERLOCH UND WINTERLICHE VERBRAUCHSSPITZEN.

- Die Schweiz ist auf eine ausreichende und unterbrechungsfreie Versorgung mit Strom angewiesen. Während 365 Tagen im Jahr, während 24 Stunden pro Tag. Kompromisse sollte man hier besser keine eingehen. Im Gegenteil, wir können und müssen die Stromversorgung sicherer machen.
- Ein gutes, flächendeckendes Lastmanagement kann viele Probleme lösen oder zumindest entschärfen. Genauso wie die dringend notwendige, rechtlich abgesicherte Einbindung in das europäische Netz.
- Wir brauchen neu für die ganze Schweiz kleinzellige, abschottbare, regionale Stromnetze, die über Notstromaggregate oder Brennstoffzellen als zuschaltbare Stromgeneratoren verfügen. Diese befreien uns von den drei Plagen: Blackouts, Dunkelflauten und Verbrauchsspitzen.
- Diese dezentralen Notstromanlagen müssen eine unterbrechungsfreie Kapazität von mindestens 10 000 Megawatt Leistung aufweisen. So, wie wir das von den Spitälern her kennen.
- Die Schweiz importiert pro Jahr 10 Millionen Tonnen Heizöl. Unser Land kann heute diese 110 Milliarden Kilowattstunden Energie in Pflichtlagern der Händler und in den privaten, weitgehend sanierten Heizöltanks speichern. Diese Lager können auch mit synthetischem, klimaneutralem Heizöl gefüllt werden. Denn im Gegensatz zu Deutschland verfügen wir über keine grossen Erdgas-Speichermöglichkeiten.



17 WAS KOSTET UNS EINE VERBESSERTE SICHERHEIT DER VERSORUNG?

- Wir müssen – genauer: der Fonds der Nationalbank muss – in Nordafrika 20 Milliarden Franken investieren, um pro Jahr 26 Milliarden Kilowattstunden synthetisches Heizöl zu produzieren. Für die Schweiz und für Dritte. Kosten tendenziell sinkend. Dies ist in der Logik eines nichtimperialen Marshallplanes, der Arbeit und Einkommen in Entwicklungsländern schafft.
- An optimalen Standorten produziertes und mit Nullzinsen finanziertes synthetisches Heizöl wird uns pro Liter absehbar 100 Rappen kosten. 10 Rappen pro nutzbare Kilowattstunde. Konkurrenzfähig gegenüber Heizöl plus 210 Franken pro Tonne CO₂.
- Der Einbau von dezentralen Notstromaggregaten mit gesamthaft 10 000 Megawatt Leistung wird Investitionen zwischen 3 und 5 Milliarden Franken bedingen. Kosten tendenziell sinkend.
- Wie wichtig ist die Verwertung der bei der Produktion von Strom anfallenden Wärme? Sie ist wichtig, weil auch Kleinvieh Mist macht. Überall dort, wo es sinnvoll ist, muss man sie nutzen. Dies ist vielerorts nicht möglich, ist aber kein Desaster, weil wir aus jeder Kilowattstunde Strom auch an strengen Wintertagen mittels Wärmepumpen mindestens 3,5 Kilowattstunden Wärme produzieren können.



18 WIR IMPORTIEREN DAS BROT DER ARMEN UND FÜTTERN DAMIT UNSER VIEH.

- Eine Kuh ist etwa so schädlich wie ein Kleinwagen. Und nach einem Spruch des lebenslustigen Bundesrates Delamuraz selig gilt: Eine Kuh macht muh, viele Kühe machen Mühe.
- Wir importieren gegenwärtig viel zu viele Futtermittel, die wir an Rinder, Schweine und Hühner verfüttern. Auch Soja aus Brasilien, wo die Urwälder brennen.
- Die Folge: Wir haben in der Schweiz zu viel Gülle, und diese Gülle verschmutzt unser Trinkwasser. Deshalb will die eidgenössische Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» Direktzahlungen nur mehr an jene Bauernbetriebe leisten, die keine ausländischen Futtermittel verfüttern.
- Wir hoffen und gehen davon aus, dass die Trinkwasserinitiative durchkommt. Dies würde zu einer Reduktion des äquivalenten CO₂-Ausstosses pro Jahr führen – im Umfang von absehbar 200 000 Tonnen im Jahr 2030.
- Ein Teil davon wird allerdings beim importierten Fleisch als graue Energie wieder in die Schweiz eingeführt. Ausser wir essen weniger Fleisch und/oder mehr Vegi-Fleisch. Was uns als wahrscheinlich erscheint.



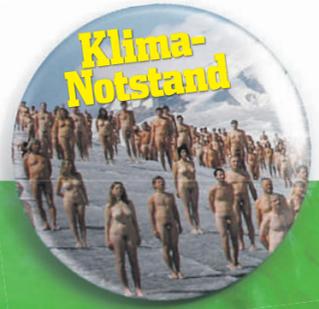
19 DIE LANDWIRTSCHAFT KANN UND MUSS TREIBHAUSGASE REDUZIEREN.

- Die Landwirtschaft ist für rund 13,5 Prozent des Treibhausgasausstosses der Schweiz verantwortlich. Sie hat viel Potential, es besser zu machen:
 - Die landwirtschaftlichen Gebäude können mit Wärmepumpen geheizt werden. Die Umstellung des Maschinenparks auf Elektroantrieb bis 2030 ist machbar und rechnet sich. Beides auch dank der Darlehen der Nationalbank.
 - Der Import von Soja, Mais und Getreide kann und muss in der Logik der Trinkwasserinitiative unattraktiv werden.
 - Dank umweltfreundlicher Bewirtschaftung der Ackerflächen kann die Landwirtschaft mit mehr Humus mehr CO₂ binden. 3 Tonnen pro Jahr und Hektare. So, wie dies der SVP-Bauer Daniel Lehmann fordert.
 - Solare Freiflächenanlagen haben ein grosses Potential.
 - Der Umstieg auf Vegi-Fleisch erhöht die Selbstversorgung und senkt den Ausstoss von Treibhausgasen massiv.
- Heute bereitet die Landwirtschaft Probleme. Morgen löst sie Probleme. Hoffen wir es.



Darum setzten die Klima-Rebels Myriam (37) und Silvio (27) auf zivilen Ungehorsam:

«Lieber Aktionsmodus als Schockstarre»



Für das Klima streiken und demonstrieren, das ist für sie zu wenig. Deshalb hat die Umweltorganisation Extinction Rebellion kürzlich die Limmat giftgrün gefärbt. work hat eine Rebellin und einen Rebellen in Zürich getroffen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: Was nützt eine grün eingefärbte Limmat dem Klima?

Silvio: Wir wollten schockieren mit der toxisch grünen Limmat. Die Leute aus ihrem Alltag reissen, um auf die Dringlichkeit der Klimakrise hinzuweisen. Wir wollten zeigen, dass es auch uns trifft, dass die Klimakrise nicht etwas weit Entferntes ist.

Silvio, du bist Architekt, derzeit im Zivildienst. Myriam, du bist Mutter eines zweijährigen Kindes, und arbeitest 80 Prozent in einer Beratungsfirma. Wieso macht ihr bei Extinction Rebellion (XR) mit?

Myriam: Die Klimakrise beschäftigt mich schon länger. Ich habe daran gedacht, einer Partei beizutreten oder bei einer NGO mitzumachen. Aber diese Strukturen funktionieren für diese Klimakrise nicht.

Silvio: Privat versuche ich schon lange, den Konsum und CO₂-Emissionen zu reduzieren. Das kann für eine gewisse Zeit ein gutes Gefühl geben, aber es wird einem auch schnell bewusst, dass das nicht die Lösung ist. Das wird nie für alle auf freiwilliger Basis funktionieren. XR hat mir Mut und Hoffnung gegeben. Es hilft, in einen Aktionsmodus zu kommen, anstatt in Schockstarre zu bleiben.

Was sind die Forderungen von Extinction Rebellion?

Myriam: Eine Netto-Null-Schweiz beim CO₂ bis 2025. Dann: Der Bundesrat muss über die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust wahrheitsgetreu informieren, die Krise anerkennen und den nationalen Klimanotstand ausrufen. Plus: Wir wollen eine Bürgerinnen- und Bürger-

«Vielen Leuten ist noch gar nicht bewusst, wie gross die Klimakrise ist.»

MYRIAM, EXTINCTION REBELLION

versammlung, die gemeinsam mit Expertinnen und Experten den Plan aus der Klimakrise vorgibt...

Silvio: ...ja, diese Versammlung sehen wir als Ergänzung zum bestehenden politischen System. Es braucht sie, weil die Politik die nötigen Entscheide nicht trifft. Politikerinnen und Politiker denken in anderen Fristen und vor allem an ihre Wiederwahl.

Und wie wollt ihr den CO₂-Ausstoss reduzieren, um die Netto-Null 2025 zu erreichen?

Myriam: Wir kennen die Fakten seit fast 50 Jahren. Jetzt müssen wir handeln. Es gibt absolut keine Alternative dazu. Konkrete Vorschläge machen wir als Organisation nicht, das ist Sache der Bürgerversammlung und dann der Politik. Wir stehen jedoch in



GIFTGRÜN, ABER UNGIFTIG: Am 10. September färbten die Extinction Rebels die Limmat in Zürich grün. FOTO: EXTINCTION REBELLION ZÜRICH

Kontakt mit Wissenschaftern, die Lösungen haben. Zum Beispiel die US-amerikanische Gruppe Drawdown Project. Sie haben extrem viele Lösungsansätze in allen möglichen Gebieten.

In verschiedenen Medien wurde bereits über eine Spaltung der Klimabewegung berichtet. Wie steht ihr zur Klimajugend?

Myriam: Wir sehen uns nicht als Konkurrenz, sondern als Partnerinnen. Und wir machen natürlich auch mit bei den Klimastreiks und auch an der nationalen Klimademo in Bern.

Ihr möchtet mindestens 3,5 Prozent der Schweizer Bevölkerung für den zivilen Klima-Ungehorsam mobilisieren. Das wären gut 290 000 Menschen. Warum gerade so viele?

Silvio: Wenn 3,5 Prozent der Bevölkerung an einer Bewegung beteiligt sind und aktiv den Alltag stören, kann das zu einem gesellschaftlichen Wandel führen. Und die Wissenschaft geht davon aus, dass, wenn 3,5 Prozent einer Bevölkerung aktiv werden, auch eine breite Bevölkerungsschicht mit den Anliegen dieser Aktivistinnen und Aktivisten sympathisieren wird.

Eure Website klingt ein bisschen nach Weltuntergangssekte. Findet ihr es sinnvoll, mit der Angst zu politisieren?

Myriam: Uns geht es nicht darum, Leuten unnötig Angst zu machen. Wir kreieren auch keine Weltuntergangsszenarien wie Sekten, sondern Szenarien, die auf wissenschaftlichen Zahlen und Erkenntnissen basieren. Wir bringen Fakten, nicht irgendeinen Glauben. Vielen Leuten ist noch gar nicht bewusst, wie gross die Klima-

krise ist. Das ist ein Problem: Denn solange wir die Dringlichkeit des Problems nicht verstehen, können wir nicht entsprechend handeln. Wir zeigen den Leuten, was sie gegen die Klimakrise tun können. Wir denken, dass es viele Möglichkeiten gibt zu handeln. Aber das müssen wir jetzt tun, sonst ist es zu spät.

Mit allen Mitteln?

Myriam: Wir sind für die Demokratie. Aber wir stellen fest, dass die Politikerinnen und Politiker nicht genügend schnell handeln, und dagegen wollen wir vorgehen.

Silvio: Wir setzten bewusst das Mittel des gewaltlosen zivilen Ungehorsams ein, weil solche Aktionen den Alltag so sehr stören können, dass der Druck auf die Politik sehr schnell sehr gross wird. Aber es gibt auch viele kreative Aktionen, in denen es darum geht, Leute zu informieren. So haben wir beispielweise einen Trauermarsch für die ausgestorbenen Arten organisiert.

Extinction Rebellion zeigt viele Videos, auf denen Aktivistinnen und Aktivisten von der Polizei abgeführt werden. Habt ihr nicht die Befürchtung, als Ökoterroristen abgestempelt zu werden?

Silvio: Die Festnahme eines friedlichen Demonstranten zeigt, wie gewalttätig das System ist, und es zeigt auch den Notstand, in dem wir uns befinden. Aber nochmals: Wir handeln nicht aus Lust auf Chaos und Krawall. Es ist uns sehr wichtig, dass wir gewaltfrei sind. Gewaltlosigkeit ist ein wichtiger Bestandteil von XR. Sehr viele von uns waren noch nie politisch aktiv. Erst durch den Klimanotstand fühlen wir uns gezwungen, aktiv zu werden.

Myriam: In London hat XR 12 Tage lang wichtige Knotenpunkte der Stadt blockiert. Natürlich gab es Leute, die extrem irritiert waren. Aber die Rebellen haben dann mit den Leuten, auch mit der Polizei, gesprochen. Und bekamen sehr viele positive Reaktionen. Das Risiko, auf Unverständnis zu stossen, ist uns bewusst, aber das Risiko, nichts zu tun, ist noch viel grösser. Wir müssen stören. Eine Demo am Samstag stört die Wirtschaft nicht. Eine Onlinepetition können die Politikerinnen und Politiker ignorieren. Solange alles wie normal läuft, gibt es keine Chance, etwas zu verändern.

Und wie bereitet ihr euch auf solche Aktionen vor?

Silvio: Jede Aktion ist unterschiedlich, deshalb werden sie auch unterschiedlich vorbereitet. Handelt es sich um eine Aktion des zivilen Ungehorsams, müssen wir an einem Training (Non Violent Direct Action) teilnehmen, wie es beispielsweise auch Greenpeace für gewaltlose Aktionen des zivilen Widerstandes anbietet.

Hand aufs Rebellenherz, wie weit würdet ihr in eurem Widerstand gehen?

Silvio: Ich habe mich kürzlich bei einer gewaltfreien Blockade in Lausanne verhaften lassen. Und ich würde es wieder tun.

Myriam: Ich würde nicht an einer Aktion teilnehmen, bei der ich festgenommen werden könnte, weil ich als Mutter eine Verantwortung habe. Aber wenn wir in einem halben Jahr noch nicht weiter sind, kann ich das nicht mehr ausschliessen.

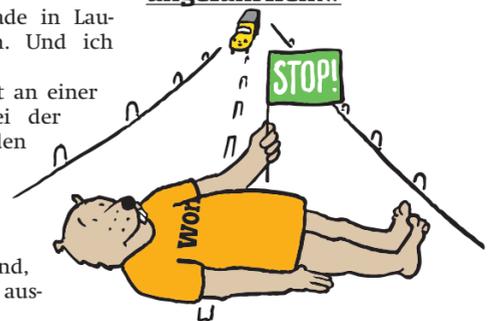
Extinction Rebellion: Der Ursprung der Klima-Rebels

Extinction Rebellion (XR) ist eine weltweite soziale Bewegung, die sich mit Aktionen des gewaltfreien zivilen Ungehorsams für den Klimaschutz einsetzt. Sie wurde im Oktober 2018 in Grossbritannien ins Leben gerufen. Dort ist der Einfluss des Klimawandels viel akuter, weil die steigenden Meeresspiegel in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren grosse Küstenstädte bedrohen, darunter auch London.

FAKTEN. An der Gründung von XR waren viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen beteiligt. Etwa Roger Hallam, ehemaliger Biobauer und Soziologe, Gail Bradbrook, Physikerin, die Ökonomin Kate Raworth oder die berühmte Physikerin und Globalisierungskritikerin Vandana Shiva. Auch die schwedische Umweltaktivistin Greta Thunberg war bei der «Declaration of Rebellion» in London dabei.

WELTWEIT. Extinction Rebellion ist in fast 60 Ländern vertreten. In der Schweiz hat XR bis jetzt mehrere Hundert Aktivistinnen und Aktivisten und 13 Lokalgruppen. (asz)

Biberli meint: «Klima-Rebell sein ist nicht ganz ungefährlich.»



Arbeitslosigkeit I: Muss ich kündigen, wenn der Lohn zu tief ist?

Nach längerer Arbeitslosigkeit habe ich vor wenigen Wochen endlich eine Stelle im Zwischenverdienst gefunden. Nach meiner anfänglichen Freude macht sich nun aber Ernüchterung breit: Die Arbeitslosenkasse verlangt, dass ich die Stelle gleich wieder aufgeben, da mein neuer Arbeitgeber Lohndumping betreibt. Andernfalls würde sie mir einen fiktiven höheren Lohn anrechnen als denjenigen, den ich effektiv erhalte. Dies würde meine Taggeldausszahlung verringern. Muss ich die Stelle wirklich wieder kündigen?

NICOLE DEBRUNNER: Nein, aber ich empfehle es. Eine Arbeit, also auch ein Zwischenverdienst, ist nur dann zumutbar, wenn sie den branchen- und ortsüblichen Bedingungen entspricht. Diese Bedingungen bestimmen unter anderem das Gesetz oder die Gesamtarbeitsverträge. Wenn Sie während der Arbeitslosigkeit einen Zwischenverdienst aufnehmen, der nicht orts- und branchenüblich entschädigt wird,



DUMPINGLÖHNE: Eine Arbeit ist nur dann zumutbar, wenn der Lohn orts- und branchenüblich ist. Dies gilt auch im Zwischenverdienst. FOTO: ISTOCK

muss die Arbeitslosenkasse Sie darüber informieren, dass sie Ihnen einen fiktiven höheren Lohn anrechnen kann. Ziel dieser Vorgehensweise ist es, Lohndumping zu verhindern und solche Tieflohne gar noch über die Arbeitslosenversicherung abzuwickeln. Auch soll eine Firma nicht auf Kosten der Arbeitslosenversicherung zu geringe Löhne auszahlen können. Eine Pflicht zur Kündigung besteht jedoch für Sie nicht. Da Ihnen die Arbeitslosenkasse aber mitgeteilt hat, was passiert, wenn Sie weiterhin an der Stelle festhalten, müssen Sie die entsprechenden Folgen tragen und allenfalls eine Kürzung des ausbezahlten Taggeldbetrages in Kauf nehmen.

Arbeitslosigkeit II: Ist ein Praktikum ein Zwischenverdienst?

Ich möchte ein Praktikum als Maltherapeutin in einem Spital machen. Das Pensum beträgt 40 Prozent. Als ausgebildete Kunsttherapeutin verfüge ich zwar über den nötigen Abschluss, habe aber leider noch wenig Praxiserfahrung, daher das Praktikum. Teils werde ich betreut, darf aber auch selbständig arbeiten. Der Lohn beträgt 360 Franken. Wird die Arbeitslosenkasse mein Praktikum als Zwischenverdienst behandeln?

NICOLE DEBRUNNER: Leider ja. Eine Tätigkeit, die Bestandteil einer Aus- oder Weiterbildung ist, gilt nicht als Zwischenverdienst. Wird aber unter dem Titel «Praktikum» in Wirklichkeit eine ordentliche Erwerbstätigkeit aufgenommen, muss ein orts- und branchenüblicher Ansatz als Zwischenverdienst angerechnet werden. Sonst besteht das Risiko von Lohndumping. Es ist nicht immer klar, ob ein «Praktikum» einer ordentlichen Erwerbstätigkeit oder einer Ausbildung zuzurechnen sei. Die Bezeichnung allein genügt nicht für die Zuordnung. Aufgrund der Tatsache, dass Sie bereits über den entsprechenden Abschluss verfügen, wird die Arbeitslosenkasse wahrscheinlich von einer normalen Erwerbstätigkeit ausgehen. Das hat zur Folge, dass sie Ihnen einen orts- und branchenüblichen Lohn anrechnen wird. Und Sie allenfalls Kürzungen der Taggeldausszahlungen in Kauf nehmen müssen (siehe Frage oben). Dass jemand anfangs eingearbeitet und begleitet wird, ist schliesslich bei fast allen Tätigkeiten normal.

Fürs Arbeitszeugnis gibt es feste Regeln. Es ist Ihr Recht, dass diese auch eingehalten werden.

Dran feilen – bis zur vollen Zufriedenheit

Sie haben Anrecht auf ein Arbeitszeugnis – jederzeit, vor allem aber nach der Kündigung. Aber wird Ihnen das Zeugnis auch gerecht? Was drinstehen muss, wie Sie es kritisch prüfen und falls nötig korrigieren lassen.

MARTIN JAKOB

Ein bisschen ist das ja wie Schule. Nach vollbrachter Leistung kommt die Quittung, und die heisst Zeugnis. Vielleicht mit etwas Herzklopfen öffnen Sie also das Arbeitszeugnis, lesen es, lesen es nochmals – und fragen sich: Soll ich damit zufrieden sein? Sind etwa gar Codierungen drin, also verschlüsselte Botschaften, die künftige Chefinnen und Chefs vor mir warnen sollen? Jetzt ist Klärung und Bereinigung angesagt. So gehen Sie vor.

DAS FORMALE PRÜFEN

Die Vorgaben, was Ihr Arbeitszeugnis enthalten muss, sind verbindlich. Akzeptieren Sie kein Zeugnis, das nicht diese Elemente enthält:

- Ihre Personalien, Beginn und Ende des Arbeitsverhältnisses.
- Den Beschrieb Ihrer Funktionen und Tätigkeiten, und zwar detailliert genug, damit sich künftige Vorgesetzte ein Bild von Ihren Kompetenzen machen können.
- Die Bewertung der erbrachten Leistungen.
- Die Bewertung des Verhaltens gegenüber Mitarbeitenden, Vorgesetzten, Kunden.
- Die Datierung und die rechtsgültige Unterschrift der ausstellenden Person.
- Guter Brauch, aber nicht zwingend sind die Erwähnung des Kündigungsgrunds und der Dank für die geleistete Arbeit.

Eine Empfehlung des Zeugnisexperten Rolf Summermutter (siehe workTipp): Markieren Sie den Zeugnistext mit Leuchttönen. Zum Beispiel Gelb für die Angaben zu Person und Arbeitsverhältnis, Blau für den Tätigkeitsbeschrieb, Grün für die Aussagen zur Leistung, Rot für Aussagen zum Verhalten. So kommt Struktur in Ihre Textanalyse.

WORKTIPP

DAS BUCH, DER KURS

Rolf Summermutter, Coach und Supervisor, hat seinen Ratgeber «Mein Arbeitszeugnis» in der Form eines Kurzromans verfasst: Viel Know-how, gut lesbar! CHF 13.50 inkl. Porto, beim Autor zu bestellen über www.apluscoaching.ch. Summermutter gibt überdies Kurse am Bildungsinstitut der Gewerkschaften, Movendo. Nächstmals am 18. Oktober 2019: «Arbeits- und Zwischenzeugnis unter der Lupe». www.movendo.ch

DI E TEXTANALYSE

Was in einem Zeugnis steht und was nicht, folgt verbindlichen Regeln. Gefordert sind Vollständigkeit, Wahrheitstreue und wohlwollende Formulierung. Achten Sie besonders auf folgende Punkte:

- Sind Ihre Tätigkeiten und Funktionen genügend exakt beschrieben? Sind auch wichtige Tätigkeiten aufgeführt, die wegen eines Funktionswechsels in letzter Zeit nicht mehr Teil Ihres Pflichtenhefts waren? Sie haben Anrecht auf Vollständigkeit!
- Stellt das Zeugnis eine Fortschreibung früherer Leistungsangabe dar – zum Beispiel von Qualifikationsgesprächen und



GUT GEMACHT: Sie haben das Recht auf ein Zeugnis, das Ihnen und Ihren Leistungen individuell gerecht wird und wertschätzend abgefasst ist. FOTO: GETTY

Zwischenzeugnissen? Ein Schlusszeugnis darf früher ausgestellten Dokumenten nicht widersprechen und darf insbesondere nicht eine neue, schlechtere Bewertung enthalten – ausser für die Zeit nach dem letzten Qualifikationsgespräch oder Zwischenzeugnis.

- Enthält das Zeugnis Informationen, die verboten sind? Nicht erwähnt werden dürfen Krankheiten, die keinen wesentlichen Einfluss auf Leistung und Verhalten hatten, negative Urteile, die zuvor nie gefallen sind, Angaben über das Verhalten ausserhalb der Arbeitszeit und negative Vorkommnisse, die für das Arbeitsverhältnis insgesamt nicht typisch und/oder relevant waren.
- Sind Ihre Leistung und Ihr Verhalten individuell, also mit klarer Bezug auf Ihre Tätigkeit, bewertet, oder stehen nur Floskeln im Zeugnis? Ist letzteres der Fall, liegt der Verdacht auf eine Codierung nahe (siehe Text rechts: «Achtung, codiert!»). Also: Einspruch!
- Ist der Kündigungsgrund genannt? Sie selbst dürfen entscheiden, ob der Kündigungsgrund angegeben wird oder nicht. Nur eine fristlose Kündigung muss immer im Zeugnis stehen. Heute werden Arbeitsverhältnisse oft im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst. Es ist richtig, dass hier interpretiert werden kann und auch wird. Umso wichtiger, dass Sie sich für kommende Vorstellungsgespräche eine gute Antwort auf die Frage zu rechtlegen: «Weshalb haben Sie die vorherige Stelle verlassen?»

WOHLWOLLEND WAHR

Sachliche Differenzen werden in der Regel einfach zu bereinigen sein: Sie möchten mit Blick auf Ihre weitere Laufbahn Ihre Erfahrung in der Bearbeitung feinsten Werkstücke prominenter erwähnt haben. Oder in der Aufzählung der

Funktionen fehlt der Hinweis darauf, dass während Jahren auch die Lehrlingsbetreuung bei Ihnen lag. Melden Sie solche Wünsche, weisen Sie auf das Gebot der Vollständigkeit hin, und man wird dem Wunsch entsprechen.

Heikler wird es in den bewertenden Aussagen. Gab es Vorkommnisse, die sich auch in einer neuen Anstellung zum Nachteil der Firma auswirken könnten, darf sie Ihr jetziger Vorgesetzter nicht verschweigen. Eine Bank, die im Arbeitszeugnis über einen Kundenberater verschweigt, dass er Kundengelder aufs eigene Konto lenkte, kann gegenüber dem nächsten Arbeitgeber haftbar werden, falls das gleiche dort wieder passiert. Insofern ist es Pflicht der Firma, relevante negative Aspekte zu erwähnen. Dabei ist es sinnvoll, die Problemunkte klar zu beschreiben und bereits getroffene oder geplante Verbesserungsmass-

ZEUGNISSPRACHE

ACHTUNG, CODIERT!

Die Geheimsprache für Arbeitszeugnisse – gibt es die wirklich? Tatsächlich sind eine Reihe von Wendungen in Gebrauch, die als versteckte Noten zu lesen sind. Achtung bei allen Sätzen, die Zufriedenheit enthalten: «Zu unserer vollen Zufriedenheit» heisst gut bis sehr gut; fehlt das «volle» aber, war die Leistung nur durchschnittlich. Will die Firma sagen, dass die Leistung nach ihrer Meinung nicht genügt, schreibt sie «meistens zu unserer Zufriedenheit» (also schwankte die Leistung), oder sie wählt Floskeln, bei denen die Warnlampen flackern: Die Wendungen «Er hat sich stets bemüht» oder «gab sein Bestes» beschreiben ja nur den Willen zur Leistung, nicht die Leistung selbst. Ähnliche Phrasen können zum Verhalten formuliert sein: «Ihr Verhalten gegenüber Kunden war korrekt» kann nämlich auch bedeuten, dass die beschriebene Person Kundinnen mit Dienst nach Vorschrift schickerte. Erst die Zusätze «freudlich» und/oder «zuvorkommend» drehen die Aussage ins Positive. Zu den Codierungen zählt der Zeugniscoach Rolf Summermutter auch das «laute Schweigen». Fehlen Aussagen über Leistung und Verhalten völlig, interpretieren Leserinnen und Leser des Zeugnisses dies eben so: «Beides war nicht der Rede wert!» Codierungen sind verpönt, aber nicht ausdrücklich verboten: Setzen Sie sich zur Wehr, wenn Sie Formulierungen finden, die verschlüsselte Hinweise enthalten könnten, und verlangen Sie eine individuelle Formulierung. Eine Liste von häufig verwendeten Codes finden Sie hier: rebrand.ly/codierung

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



GUT VERLINKT: Mit den richtigen Geräten holen Sie sich Internetradio auf Ihre Hi-Fi-Geräte. Dann haben Sie den Dreh raus! FOTO: ADOBE STOCK

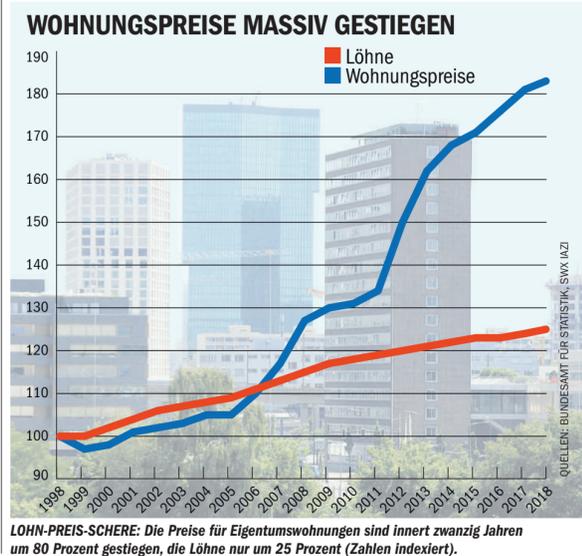
So bringen Sie Internetradio auf die Stereoanlage

Erst wenige Stereoanlagen können Radio via Internet empfangen. Allerdings lassen sich manche Internetradios an die Anlage anschliessen. «Saldo» hat solche Geräte getestet.

Am besten schnitt der «Dabman i400» von Imperial ab. Er kostet gut 1400 Franken und ist zum Beispiel bei Digitec oder Brack erhältlich. Das Gerät lässt sich einfach einrichten und bedienen, die Anleitung ist grösstenteils verständlich. Die Sender sind bereits nach Region, Genre und Beliebtheit sortiert und lassen sich auf Tasten speichern. Als Besonderheit lässt sich der Equalizer via Fernbedienung einstellen. So können Sie für jeden Musikstil mit einem Tastendruck den besten Klang wählen. Gut schnitt im Test auch das Modell «M7» von Tiny Audio ab. Es ist für 139 Franken erhältlich (Digitec), einfach zu bedienen und hat die Sender wie der «Dabman» vorsortiert.

Beide Geräte lassen sich einfach einrichten und bedienen.

VIELE QUELLEN. Mit beiden Geräten können Sie nicht nur per Internet, sondern auch via UKW oder DAB+ Radio hören sowie via Netzwerk oder Bluetooth Musik von anderen Geräten empfangen und auf der Stereoanlage abspielen. Der «M7» hat allerdings pro Empfangsart (Internet, UKW und DAB) nur zehn Speicherplätze. Zudem haben beide Modelle eine Weckerfunktion und einen Einschlaf-Timer. Gemeinsam ist beiden leider auch: Vor dem ersten Musikgenuss muss man mühsam das WLAN-Passwort eingeben. MARC MAIR-NOACK



Hohe Preise, tiefe Zinsen: Können Sie sich eine Eigentumswohnung leisten? Oft scheitert's an der Tragbarkeit

Die Hypothekarzinsen sind im Keller. Und trotzdem ist der Traum vom Eigenheim schwieriger zu erfüllen denn je. Denn die Banken rechnen anders als Sie.

MARTIN JAKOB

Da haben Sie neulich eine hübsche Wohnung gesehen. Für 600 000 Franken wäre sie zu haben. Angenommen, Sie haben gespart oder geerbt und könnten 100 000 Franken selber aufbringen. Dann müssten Sie von der Bank 500 000 Franken haben. Kostet Sie im Jahr bei den heutigen Zinssätzen 4000 bis 6000 Franken. Macht höchstens 500 Franken im Monat plus Nebenkosten. Und Sie vergleichen: «Das ist gerade mal die Hälfte dessen, was wir jetzt für die Mietwohnung bezahlen!»

Bevor Sie das Einrichten der eigenen vier Wände im Detail planen, müssen Sie aber wissen, mit welchen Ellen die Banken messen.

DI E BEWERTUNG. Die Wohnungspreise sind derzeit hoch (siehe Grafik links). Die Gurus der Immobilienbranche betonen zwar immer wieder, eine «Blase» (also ein Preisniveau, das plötzlich eine scharfe Korrektur nach unten erleben kann) existiere nicht oder höchstens an wenigen, extrem begehrten Lagen. Dennoch sind die Banken vorsichtig geworden. Bevor sie Kredite sprechen, schauen sie sich jedes Wohnobjekt genauer an. Halten sie den Kaufpreis für zu hoch, geben sie für die Differenz zum selber errechneten Wert keinen Kre-

Die Banken rechnen für die Tragbarkeit mit hohen Zinssätzen.

gen. So wollen es die im Juli 2014 von der Bankiervereinigung erlassenen, verbindlichen Richtlinien.

DI E EIGENMITTEL. Wer etwas Eigenes bewohnen will, muss nach diesen Richtlinien mindestens 10 Prozent aus der eigenen Tasche bezahlen. Hier dürfen keine Gelder aus Vorbezügen oder Verpfändungen der Pensionskasse stammen. In der Regel werden insgesamt 20 Pro-

zent Eigenmittel vorausgesetzt; für die zweiten 10 Prozent dürfen dann auch Pensionskassengelder eingerechnet werden. Was bei tiefen bis mittleren Einkommen aber selten eine gute Idee ist. Anerkennt die Bank also den Kaufpreis von 600 000 Franken als korrekt, müssten Sie 120 000 Franken eigenes Geld einschliessen können.

DI E AMORTISATION. Bringen Sie 120 000 Franken zusammen, brauchen Sie 480 000 Franken Kredit. Aber innert 15 Jahren müssen Sie den Kredit bis auf zwei Drittel des Kaufpreises zurückzahlen. In diesem Fall also bis auf 400 000 Franken. 80 000 Franken müssen Sie abtrotten.

DI E TRAGBARKEIT. Mehr als ein Drittel des Bruttoeinkommens

darf das Wohnen nicht kosten – gemäss Tragbarkeitsregel der Banken. Dabei rechnen sie mit einem Zins von 4.5 bis 5 Prozent. Das entspricht dem langjährigen Mittel, sagen sie. 5 Prozent Zins für 480 000 Franken Kredit sind 24 000 Franken. 5300 Franken müssen Sie jährlich zurückzahlen. Dazu kommen Nebenkosten von einem Prozent des Wohnungswerts, also 6000 Franken. Macht total 35 300 Franken. Und dreimal so viel – über 105 000 Franken – muss Ihr Haushalt im Jahr brutto verdienen, damit die Belastung durch den Wohnungskauf als tragbar gilt. Liegt Ihr Einkommen deutlich tiefer, müssen Sie Ihren Traum wohl vorläufig begraben. Fehlt Ihnen aber nur wenig, nutzen Sie den Wettbewerb unter den Banken!

BANKENMARKT VERHANDELN!

Banken müssen Spargeld gewinnbringend anlegen. Das Hypothekengeschäft sorgt für zuverlässige Margen. Also sind die meisten an der Kreditvergabe interessiert – und stehen im Wettbewerb untereinander. Spielraum besteht vor allem in der Bewertung des Kaufobjekts, in der Berechnung der Tragbarkeit (etwa mit tieferen Zinssätzen) und bei der Festsetzung des effektiven Hypothekarzinses. Erstellen Sie deshalb für Ihren Kaufwunsch ein schönes Dossier, fragen Sie mehrere Banken an, und lassen Sie sich durchs erste Nein nicht entmutigen.

Kurse für Reinigungskräfte ohne Berufslehre Mehr wissen, mehr können, mehr Lohn

Der neue GAV-Lehrgang für Reinigungskräfte ist ein voller Erfolg. Demnächst starten neue Kurse.

Mit dem Gesamtarbeitsvertrag Reinigung von 2018 hat die Paritätische Kommission Reinigungsbranche auch den GAV-Lehrgang für Reinigungskräfte eingeführt: eine Ausbildung für Mitarbeitende ohne Lehre. Sie umfasst 80 Lektionen in zwei Modulen (Basiswissen und Spezialisierungsmodul). Voraussetzung sind ausreichende Sprachkenntnisse auf Sprachniveau A2.2.

Die Mühe ist es wert: Mit dem erfolgreichen Abschluss

des Lehrgangs ist auch eine Erhöhung des Mindestlohns um 5 Prozent verbunden.

SCHON 200 KURSE. Die in enger Kooperation mit den Reinigungsfirmen entwickelte Ausbildung ist fulminant gestartet – bereits 200 Kurse wurden durchgeführt. Grosse Firmen wie etwa die in der ganzen Deutschschweiz tätige Enzler Reinigungs AG bieten die Kurse auch im Rahmen interner Weiterbildung an. Nächste externe Kurse starten im Oktober in Dietikon ZH und Rickenbach SO, im November in St. Gallen und Basel. Auskünfte über www.reinprofis.ch oder Telefon 043 366 66 98. (jk)

Solidar-Recherche Die grüne Palmöl-Hölle

Kaum eine zweite Tropenpflanze ist derzeit so gefragt wie die Ölpalme. Kein Wunder, denn sie ist dreimal ertragreicher als Raps und benötigt sechsmal weniger Anbaufläche als Soja. Der Palmölpreis ist daher unschlagbar. Mittlerweile ist er so tief, dass in Schweizer Supermärkten bereits jedes sechste Produkt Palmöl enthält. Oft stammt dieses aus Malaysia. Dort hat das Hilfswerk Solidar Suisse intensiv recherchiert und nun eine geniale Studie vorgelegt. Sie zeigt: Der Palmöl-Spottpreis ist auch Resultat brutalster Ausbeutung. Tausende illegalisierte und rechtlose Arbeiterinnen und Arbeiter werden gnadenlos ausgebeutet. Zwangs- und sogar Kinderarbeit sind Alltag. Die Abholzung des Regenwalds geschieht rücksichtslos. Wer profitiert? Zum Beispiel der Schweizer Nahrungsmittelmulti Nestlé.

Die interaktive Studie samt Videos gibt es auf rebrand.ly/palmoel.

Bauhaus-TV-Serie «Die Neue Zeit»

Die Aufbruchstimmung nach dem Ersten Weltkrieg erfasste auch die Welt der Künste. Im Deutschland der Weimarer Republik zeigte sich



Bauhaus in Dessau, Sachsen-Anhalt.

dies prominent am 1919 gegründeten Bauhaus. Die staatliche Kunstschule mauserte sich schnell zum international beachteten Hotspot der Avantgarde aus Architektur, Design, Kunsthandwerk und Fotografie. Revolutionäres wurde da erprobt, die künstlerische Moderne neu definiert. Bis die Nazis die Schule zerstörten. Über eine packende TV-Serie von ZDF und Arte kann man sich jetzt mitten in den Strudel dieser Gründerstimmung werfen. Und am aufregenden Treiben der legendären Bauhaus-Szene teilnehmen. Bequem vom Sofa aus.

Die sechsteilige Serie **Die Neue Zeit** ist noch bis am 7. Dezember online auf rebrand.ly/bauhaus.

Henkermuseum Blutiges Jubiläum

Hauen, hängen, hacken – seit 20 Jahren zeigt das einzigartige Sissacher Henkermuseum Gerätschaften des Strafvollzugs aus vergangenen Zeiten. Und klärt über Unglaubliches auf: Noch 1940 gab es in der Schweiz zivilrechtliche Todesstrafen. Zuletzt traf es den Mörder Hans Vollenweider, der in Sarnen geköpft wurde. Zu seinem 20-jährigen Bestehen lädt das Museum zum Konzert. Der Baselbieter Barde Florian Schneider singt dunkle Moritaten und Galgenlieder und erzählt schauerliche Henkergeschichten. Begleitet wird er vom genialen Geiger Adam Taubitz.

Henkermuseum Sissach, Kirchgasse 2. Freier Eintritt am 19. Oktober (17–19 Uhr). Jubiläumskonzert um 20 Uhr in der Tattoo-Kellerbar Varesi, Hauptstrasse 90. Eintritt: 15 Franken.
www.henkermuseum.ch

Archäologische Ausstellung räumt mit Geschlechterklischees auf Als die Frauen kämpften und die Männer woben

Die Urzeit, wie wir sie zu kennen glauben, ist eine Erfindung des Bürgertums. Folgenreich und falsch, wie eine Ausstellung in Biel zeigt.

PATRICIA D'INCAU

2007 wollten zwei britische Psychologinnen herausgefunden haben, warum Mädchen Rosa mögen und Buben Blau. Die Erklärung: Weil Frauen in der Urzeit Beeren sammelten, seien sie bis heute auf Rottöne fixiert. Während der jagende Steinzeitmann unentwegt in den Himmel guckte, weshalb Männer noch heute – rund 2,6 Millionen Jahre später – eine Vorliebe für Blau hätten.

Das Problem: Das Ganze basiert auf einem Märchen. Denn: Das gängige Bild der Steinzeit, in der die Männer Mammuts jagten, während die Frauen Beeren sammelten und in der Höhle die Kinder hüteten, wurde bis heute nie wissenschaftlich belegt. Im Gegenteil: In den letzten 30 Jahren häufen sich die Beweise, dass es doch ganz anders war.

VON WEGEN KÄMPFER

Wie, das zeigt die Ausstellung «Ich Mann. Du Frau.» im Neuen Museum Biel. Die dort präsentierten Forschungsergebnisse zertrümmern die – angeblich seit Urzeiten herrschenden – Geschlechterrollen.

Der Steinzeitmann als Begründer der Kunst? Nicht im geringsten. Lange vertraten Forscher hartnäckig die Meinung, dass die Höhlenmalereien von Männern stammten. Bis der US-amerikanische Archäologe Dean Snow die farbigen Handabdrücke in französischen und spanischen Steinzeithöhlen analysierte. Und 2013 zum Schluss kam: rund drei Viertel der Abdrücke stammen von Frauen.

Der Mann, der Kämpfer? Auch das: ein Missverständnis. Das beweisen Grabfunde aus der Eisenzeit im deutschen Städtchen Fridingen. Im Grab 66 fanden die Archäologen ein eisernes Kurzschwert und zwei Messer als Totenbeigabe. In Grab 75: Per-

lenketten, Bronzeringe, Schnallen, ein Messer und eine Spindel. Für die Forscher war klar: In Grab 66 wurde ein Mann begraben, in Grab 75 eine Frau. Später zeigte die Untersuchung der Skelette: Es war genau umgekehrt. Dem Mann gehörte der Schmuck. Der Frau das Schwert.

Und zu guter Letzt: Der Mann, der Bützer und Ernährer? Nicht mehr, als dass das auch Frauen und Kinder waren. Das zeigt das Beispiel Halstatt in Österreich. Dort liegt das grösste Salzbergwerk der Bronze- und Eisenzeit. Daneben: Grabfelder. Darin: Jene, die ab 800 vor Christus im Bergwerk bützten. Männer, Frauen, Kinder. Der Befund: Alle Skelette haben die gleichen Abnutzungsspuren, alle leisteten die gleiche Arbeit.

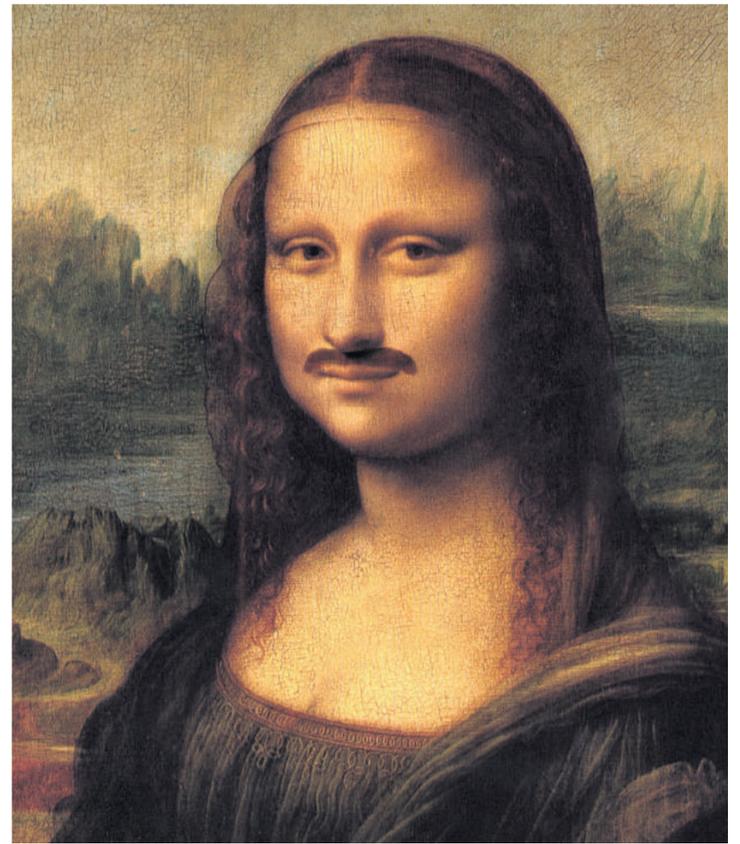
Dass Frauen- und Männerberufe eine neue Erfindung sind, zeigen auch Knochenfunde aus der Jungsteinzeit: Frauen waren Werkzeugmacherinnen, während Männer am Webstuhl sass und Kleider produzierten. Dazu kommt: Ein «starkes»

Männer und Frauen waren einst gleich gross und kräftig.

und ein «schwaches» Geschlecht gab es ursprünglich nicht. Männer und Frauen waren einst gleich gross und kräftig. Erst als die Menschen sesshaft wurden, entwickelten sich die Körper unterschiedlich – aber nicht zwingend die Verteilung der Arbeit. Bis heute sind Frauen in nordamerikanischen und afrikanischen Naturvölkern genauso Teil der Jagdrunde wie Männer. Kindern zum Trotz. Denn: Erziehung ist nicht nur Sache der Eltern, sondern der Gemeinschaft. Das dürfte auch in der Urzeit gegolten haben.

VOM BÜRGERTUM ERFUNDEN

Die Urzeit, wie wir sie kennen, ist demnach ein reiner Mythos. Und ein gewaltiger Coup des Bürgertums. Das machte sich im 18. und 19. Jahrhundert daran, die Gesellschaft neu aufzustellen. Das Modell der Kleinfamilie



MONO LISA? Keine Frau, sondern ein Mann soll angeblich Leonardo da Vinci zum berühmten Bild inspiriert haben. FOTO: ALAMY

wurde konstruiert. Geschlechterrollen fixiert – und frech behauptet, dass diese Aufteilung «naturgemäss» und «urzeitlich» sei. Genauso, wie es heute die Rechten von der AfD und der SVP machen, wenn sie behaupten: Die Frau am Herd, das sei schon immer so gewesen.

Die bürgerliche Propaganda vom Mann als Ernährer und der Frau als Mutter setzte sich über 200 Jahre lang durch. Nicht nur in allen sozialen Schichten, sondern auch in den Köpfen der Wissenschaftler (die bis in die 1970er Jahre vornehmlich Männer waren). Damit wurde die Urge-

schichte, wie wir sie kennen, nicht vor 2,6 Millionen Jahren geschrieben, sondern im 19. Jahrhundert.

Und a propos Coup: In den 1950er Jahren überlegte sich die Werbewirtschaft, wie sie den Konsumentinnen und Konsumenten mehr Ware unterjubeln könnte. Die Idee: Mädchen sollten fortan Rosa tragen, Jungs Blau. Mit der Urzeit haben Farbe und Geschlecht also rein gar nichts zu tun. Sondern, ganz einfach: mit Kapitalismus.

Ausstellung **Ich Mann. Du Frau.:** Neues Museum Biel, bis am 29. März 2020.
www.nmb.ch

work1xl der wirtschaft

Hans Baumann



VIELE FRAUEN MÖCHTEN MEHR LOHNARBEIT

Während die Schweiz punkto Erwerbslosigkeit mit 4,7 Prozent immer noch relativ gut abschneidet, sieht es bei der Unterbeschäftigung ganz anders aus. Als unterbeschäftigt gelten jene Personen, die in einem Teilzeitpensum sind, aber eigentlich mehr arbeiten möchten. Dies sind zu einem grossen Teil Frauen. Mit 7 Prozent (Frauen 10,8 Prozent) hat die Schweiz die höchste Unterbeschäftigungsquote in Europa. Im EU-Durchschnitt sind es nur 3,4 Prozent.

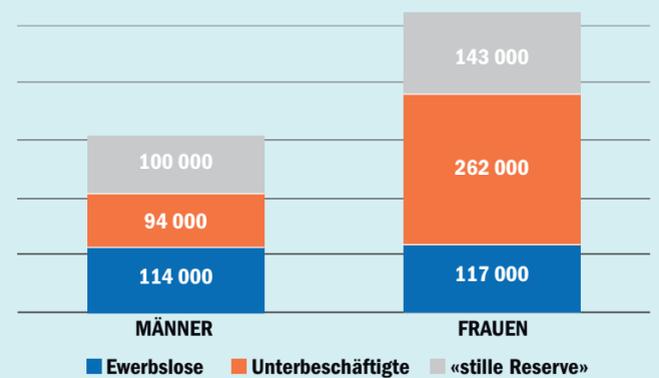
STILLE RESERVE. Insgesamt waren 2018 in der Schweiz 587 000 Personen erwerbslos oder unterbeschäftigt. Hinzu kommen 243 000 Personen der sogenannten stillen Reserve. Das sind insbesondere Menschen, die aus verschiedenen Gründen keine Arbeit suchen, aber eigentlich für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Auch hier gibt es mehr Frauen als Männer. Als Ursache werden am häufigsten «familiäre Gründe» angegeben. Weiterbildung oder die Hoffnungslosig-

keit, je wieder eine Stelle zu finden, sind andere Gründe. Dazu braucht es allerdings eine wichtige Fussnote: Die Statistik befasst sich an dieser Stelle nur mit Erwerbsarbeit. Bekanntlich werden in der Schweiz etwa gleich viele Stunden Gratisarbeit geleistet wie Lohnarbeit. Besonders viele «unterbeschäftigte» Frauen arbeiten in Tat und Wahrheit ganz viel, indem sie Kinder betreuen, alte Menschen pflegen oder Hausarbeit leisten. Der Wunsch vieler wäre aber, mehr auf ihrem Beruf tätig zu sein und einen ordentlichen Lohn für ihre Arbeit zu bekommen. Insgesamt gibt es also rund 830 000 Personen, die in der Schweiz erwerbslos und unterbeschäftigt sind oder der sogenannten stillen Reserve angehören. Das sind 17 Prozent der Erwerbsbevölkerung!

RIESIGES POTENTIAL. Diese Zahl steht im Widerspruch zu den Befürchtungen, dass es immer weniger Erwerbstätige durch Überalterung gebe und deshalb unsere Sozialwerke be-

Grosses Potential an Erwerbstätigen

Zahlen von 2018



droht seien. 830 000 Menschen sind ein riesiges Potential. Würde auch nur ein Teil dieser Reserve ausgeschöpft, wäre die AHV gesichert, und wir benötigten weder ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent noch eine Erhöhung des Frauenrentenalters. Mit einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und

Familie, zum Beispiel durch bezahlbare Krippen und Tagesschulen, könnten bereits ein grosser Teil der «unterbeschäftigten» Personen wieder einem bezahlten Beruf nachgehen oder ihr Pensum erhöhen.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

WORKLESERFOTO



Ballett auf der saftigen Weide

WANN 16. September 2018
WO Meiefeld BE
WAS Kühe auf der Weide
Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 13.9.2019

Was erhoffen Sie sich von den Wahlen?

MEHR ROT UND MEHR ECHTES GRÜN
 Der Frauenstreik und die Klimademos zeigen eindrücklich, dass wieder mehr Bewegung herrscht im Land als auch schon. Ich hoffe schwer, dass sich das auch bei den Wahlen auswirken wird: Ich wünsche mir mehr Rote und mehr echte Grüne im Parlament. Die antisoziale, antifeministische und umweltruinierende rechte Mehrheit muss dringend gebrochen werden.

MARC HORNBERGER, PER MAIL

MEHR FORTSCHRITTLICHE FRAUEN

Ich wünsche mehr fortschrittliche Frauen im Parlament. Auf zur Frauenwahl 2019!

SELINA RAUBER, PER MAIL

ES RIECHT NACH WANDEL

Wenn sich die Empörung, die auf der Strasse sichtbar ist, auch an der Urne manifestiert, dann wird der 20. Oktober zu einem Freudentag. Die rechte Mehrheit aus SVP und FDP hat uns sozial und ökologisch vier verlorene Jahre eingebrockt. Der Wandel, der in der Luft liegt, muss Tatsache werden. Dazu müssen die fortschrittlichen Kräfte massiv mobilisieren. Der Frauenstreik muss ins Parlament, die Klimabewegung muss ins Parlament!

ANDY TOBLER, PER MAIL

WORKPOST

WORK 15 / 13.9.2019: JETZT MÜSSEN ENDLICH DIE LÖHNE RAUF!

Real weniger!

Die Krankenkassenprämien steigen – die Löhne stagnieren. Das bedeutet: wir verdienen von Jahr zu Jahr real weniger. Und die Manager und die Aktionäre machen sich die Taschen voll.

PETER HOFER, PER MAIL

Besitzende bedienen sich

Die Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren durchgehend produktiver geworden. Von dieser Produktivitätssteigerung ist wenig bis nichts bei den Arbeitenden gelandet. Das bedeutet, dass die Firmenbesitzenden sich auf Kosten der Lohnabhängigen ein noch grösseres Stück vom Kuchen abschneiden. Gut, gehen die Gewerkschaften mit klaren Forderungen in die Lohnverhandlungen.

MAX MOSER-BREITLER, PER MAIL

Skandal-Löhne

Die von work in der letzten Ausgabe aufgedeckten Löhne sind teilweise ein Skandal. Netto 2100 Franken für einen 100-Prozent-Job sind ein Skandal. Davon kann niemand leben. Der gewerkschaftliche Kampf für anständige Mindestlöhne muss zwingend weitergehen. Wer hundert Prozent arbeitet, muss von seinem Lohn leben können! Denn es ist eine Binsenweisheit: nur dort, wo die Gewerkschaften stark sind, gibt es gute Bedingungen für die Arbeitnehmenden.

REGULA STAUFFER, PER MAIL

Löhne sind «Nachfrage»

Löhne sind nicht einfach «Kosten», sie sind auch «Nachfrage». Wenn den Lohnabhängigen weniger im Portemonnaie bleibt, können sie weniger einkaufen – und das spürt dann zum Beispiel der Detailhandel.

MYRTA KÄSER, PER MAIL

WORK 15 / 13.9.2019: «DER BUNDESRAT MUSS ENDLICH HANDELN!»

Aufsteller

Der Bericht über die beiden Frauen, die sich für ihre Post in Muotathal wehren, hat mich aufgestellt. Hoffentlich wird ihre Hartnäckigkeit belohnt!

MAGDALENA BÜTIGKOFER, PER MAIL

Freche Post-Manager

Was sich die Post-Manager mit ihrer Profitmaximierung seit Jahren leisten, ist eine Frechheit. Auch in unserem Quartier wurde die Poststelle geschlossen. Angeblich wegen geringer Nachfrage. Dabei musste man – egal zu welcher Zeit man ging – immer mindestens fünf Minuten warten, bis man an die Reihe kam. Jetzt hat es eine Postagentur im Quartierladen. Aber dort kann man zum Beispiel nicht einmal Bareinzahlungen machen.

HELMUT MEIER, ZÜRICH

WORK 15 / 13.9.2019: «NUR KEIN EISKALTER MANAGER MIT TASCHENRECHNER!»

Politisch korrekt

Es gibt bei den SBB nicht nur Störungen und Probleme. Sondern auch positive Leistungen der SBB mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Jahr für Jahr befördern die SBB mehr Personen und Güter, pünktlicher und sicherer. Doch gibt es Punkte, die nach dem Abgang von Andreas Meyer bei den SBB diskutiert werden müssen. Ich denke da an die Immo-

liensparte. Es ergibt doch wirklich keinen Sinn, dass die SBB AG als öffentliches Unternehmen, das dem Allgemeinwohl verpflichtet ist, Bürohäuser baut, obwohl so viele Büros in der Schweiz und auch in der Region Zürich leer stehen. Und die Pensionskasse. Die SBB-Pensionskasse investiert auch noch heute in Firmen, die Kriegsmaterial herstellen, wie mir meine Kasse bestätigt hat, sogar in Firmen, die an der Produktion von Atombomben und Streubomben beteiligt sind. Wird es dem neuen SBB-Chef weiter erlaubt werden, Bürohäuser und Hochhäuser zu bauen? Wird der SBB-Pensionskasse weiter gestattet, Gelder in die Rüstungsindustrie zu investieren? Frau Sommaruga und die anderen Bundesrätinnen und Bundesräte und das Parlament könnten bei der SBB AG die Weichen neu stellen.

HEINRICH FREI, PER MAIL

WORK 15 / 13.9.2019: AUF ZUR ÖKO-SOZIALEN-FEMINISTISCHEN WENDE!

So ist es!

«Es braucht eine öko-soziale-feministische Wende»: Das bringt's genau auf den Punkt!

MONIKA RONZANI KOHLHAUPT, VIA FACEBOOK

WORK 15 / 13.9.2019: POSTFINANCE KUSCHT VOR TRUMP Zurückpfeifen

Seit sechs Jahrzehnten wollen die USA das sozialistische Kuba aushungern. Dass sich jetzt die Postfinance dem imperialistischen Druck beugen will, geht gar nicht. Die Postfinance ist ein Unternehmen, das uns allen gehört. Die Politik muss die US-hörigen Manager zurückpfeifen

BENNO KLAR, PER MAIL

workquiz ?

Wie gut sind Sie?

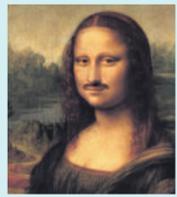
- Steinzeitforschung I: Wer hat die Vorstellungen der Urzeit erfunden, so wie wir sie heute kennen?**
 - a) die Uhrmacherinnen aus dem Vallée de Joux?
 - b) das Urmel aus dem Eis?
 - c) der Ur-Urs aus Uri 1291?
 - d) das Bürgertum vor 200 Jahren?
- Steinzeitforschung II: Wer arbeitete in der Bronzezeit im Bergwerk Hallstatt (A)?**
 - a) Männer und Esel?
 - b) Frauen und Mädchen?
 - c) Frauen, Männer und Kinder?
 - d) Männer und Buben?
- Steinzeitforschung III: Womit wurden deutsche Männer in der Eisenzeit beerdigt?**
 - a) mit Bier?
 - b) mit Perlenketten, Ringen, Schnallen und Spindeln?
 - c) mit Kurzscherwernern und Messern?
 - d) sie wurden gar nicht begraben?

FOTO: ALAMY
- Steinzeitforschung IV: Wie heisst die aktuelle Ausstellung über Geschlechterbilder in der Urzeit in Biel?**
 - a) «Ich Mann. Du Frau.»?
 - b) «Ich Tarzan. Du Jane.»?
 - c) «Ich blau. Du rosa.»?
 - d) «Ich Jäger. Du Sammlerin.»?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d; 2c; 3b; 4a

Greta Thunberg: «Wie könnt ihr es wagen!»

Greta Thunberg war am Uno-Klimagipfel. Die Moderatorin fragte nach ihrer Botschaft an die versammelten Regierungsvertreter. Was folgte, war die bisher emotionalste Greta-Rede. work hat übersetzt, das Originalvideo gibt's hier: rebrand.ly/greta-rede.



ZORNIG: Greta Thunberg. FOTO: KEYSTONE

«Meine Botschaft ist, dass wir euch beobachten. Das hier ist alles falsch. Ich sollte nicht hier sein. Ich sollte wieder in der Schule sein, auf der anderen Seite des Ozeans. Doch ihr kommt zu uns jungen Menschen, damit wir euch Hoffnung geben.

Wie könnt ihr es wagen!

Ihr habt mit euren leeren Worten meine Träume und meine Kindheit gestohlen. Und trotzdem bin ich noch eine der Glücklichen. Menschen leiden. Menschen sterben. Ganze Ökosysteme kollabieren. Wir stehen am Anfang eines Massenaussterbens, und alles, worüber Ihr reden könnt, ist Geld und das Märchen vom ewigen wirtschaftlichen Wachstum. Wie könnt ihr es wagen!

Seit mehr als 30 Jahren sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse kris-

tallklar. Wie könnt ihr es wagen, weiterhin wegzuschauen und hierhinzu-kommen, um zu sagen, dass ihr genug tut, wenn doch die notwendige Politik und die notwendigen Lösungen nirgend-wo in Sicht sind.

Ihr sagt, ihr hört uns und verstehtet die Dringlichkeit. Aber egal, wie traurig und wütend ich bin, ich will das nicht glauben. Denn wenn ihr die Situation wirklich verstehen würdet und immer noch nicht gehandelt hättet, dann wärt ihr böse. Und das weigere ich mich zu glauben.

Die populäre Idee, unsere Emissionen innert 10 Jahren zu halbieren, gibt uns nur eine 50-Prozent-Chance, unter 1,5 Grad Celsius (Erderwärmung, Red.) zu bleiben. Und sie beinhaltet das Risiko, irreversible Kettenreaktionen auszulösen, die sich menschlicher Kontrolle entziehen.

50 Prozent mögen für euch akzeptabel sein. Aber diese Zahl berücksichtigt nicht die Kipppunkte, nicht die Rückkopplungseffekte, nicht die zusätzliche Erwärmung, die durch giftige Luftverschmutzung entsteht, und auch nicht die Aspekte der Gleichberechtigung und der Klimagerechtigkeit. Ihr verlasst euch auch darauf, dass meine und folgende Generationen Hunderte von Milliarden Tonnen eures CO₂ aus der Luft saugen, mit Technologien, die es noch gar nicht wirklich gibt. Deshalb ist ein 50-Prozent-Risiko für uns, die wir

mit den Konsequenzen leben müssen, inakzeptabel.

Um eine 67-Prozent-Chance zu haben, unter einem globalen Temperaturanstieg von 1,5 Grad zu bleiben – das beste noch zu erreichende Ziel laut dem «Intergovernmental Panel on Climate Change» –, hatte die Welt am 1. Januar 2018 noch 420 Gigatonnen CO₂ übrig, die sie ausstossen konnte. Heute sind es bereits weniger als 350 Gigatonnen.

Wie könnt ihr es wagen, so zu tun, als ob man das Problem mit einem Weiter-so und einigen technischen Massnahmen lösen könnte? Mit den heutigen Emissionswerten wird das uns verbleibende CO₂-Budget in weniger als 8,5 Jahren vollständig aufgebraucht sein.

Es wird hier heute keine Lösungen oder Pläne geben, die mit diesen Zahlen übereinstimmen, weil diese Zahlen zu unbequem sind. Und ihr seid immer noch nicht reif genug, um zu sagen, wie es ist.

Ihr lässt uns im Stich. Aber die jungen Menschen haben begonnen, euren Verrat zu erkennen. Die Augen aller zukünftigen Generationen sind auf euch gerichtet. Und wenn ihr euch entscheidet, uns im Stich zu lassen, sage ich: Wir werden euch nie verzeihen.

Wir werden nicht zulassen, dass ihr damit durchkommt. Genau hier und jetzt ziehen wir eine rote Linie. Die Welt wacht auf. Und der Wandel wird kommen, ob es euch passt oder nicht.

Danke!»



KLIMA-KAMPAGNE: Rund 600 Menschen posierten 2007 für den Künstler Spencer Tunick nackt auf dem Aletschgletscher. Die Umweltorganisation Greenpeace wollte damit auf die Klimaerwärmung aufmerksam machen. FOTO: REUTERS

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Jonas Komposch (jonaskomposch@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia